:antifaschistische nachrichten Nr. 24

g 3336 3.12.2009 25. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

„Aufbruch 21“ in Gründung

Partenstein. Mit der neuen Partei „Aufbruch 21 – Die Freiheitlichen“ buhlt eine weitere Sammlungsbewegung um Stimmen des rechten Lagers. Die sieht in der „political correctness“ das „Einfallstor in die absolute Manipulation“ und will eine politische Alternative darstellen, die „weit offene Diskussionen zulässt“. Auch wolle man diejenigen erreichen, „denen man in Form der politischen Korrektheit alle legitimen Beweggründe absprechen möchte an Diskussionen wirklich teilzunehmen“.

Zahlreiche Gründungsmitglieder der neuen Partei entstammen der „Freien Union“ der früheren CSU-Politikerin Gabriele Pauli. Andere waren zuvor bei den sog. „Republikanern“ aktiv. Bundesschriftführer Haimo Grebenstein ist 1. Vorsitzender des „Verein für Germanisches Heidentum e.V.“, einer „naturreligiösen Gemeinschaft“ auf „der Grundlage der überlieferten vorchristlichen germanischen Religion und Kultur“. Auf seinem Bundesparteitag am 5. Dezember in Kassel will der „Aufbruch 21“ sein Grundsatzprogramm beschließen. *hma* ■

„PAZ“ will in die Kioske

Bad Pyrmont. Auf dem Treffen der „Ostpreußischen Landesvertretung“ in Bad Pyrmont, der Mitgliederversammlung der „Landsmannschaft Ostpreußen“ (LMO), wurde jüngst auch eine größere Werbekampagne für die „Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt“ beschlossen. Auch wolle man die Zeitung künftig an Kiosken anbieten. Werbeaktivitäten im Internet hätten seit Ende September zu 290 zusätzlichen Probebestellungen geführt. Ihr nächstes „Deutschlandtreffen“ will die LMO im Mai 2011 in Erfurt durchführen. *hma* ■

Inhalt:

Braune Burschen unbeliebt . . . 4
Frankreich: Rassismus-Studie 2009 erschienen 8

Wieder Nazi-Gedenken auf dem Soldatenfriedhof Essel

HIAG-Hannover (Waffen-SS) sagt ihr Kommen ab – 1. Sonntagsspaziergang gegen Faschismus und Krieg

Kranzniederlegung auf dem Soldatenfriedhof Essel. Schleifen-Aufdruck: „Nie wieder Faschismus und Nie wieder Krieg!“ in der Mitte Demonstrationsleiter H-D Charly Braun/ DGB.
Fotos: recherche lueneburger-heide

Hademstorf/Essel. Nach 2007 und 2008 fanden sich jetzt zum dritten Mal hintereinander am Volkstrauertag am Soldatenfriedhof Essel Nazi-Kameradschaften aus Celle, Schneverdingen, Hildesheim, Lüneburg und anderen Orten zur Heldenfeier für die Waffen-SS ein. Um den Friedhof nicht wieder, wie es bis 1983 Praxis war, zum Nazi- und Militaristen-Wallfahrtsort werden zu lassen, hatte ein Bündnis aus Antifa Soltau-Fallingbostel, DGB-Nordost-Niedersachsen, DGB-Chor Hannover, Lindener Schülern und VVN/BdA zum „1. Sonntagsspaziergang“ eingeladen, an dem fast 70 Menschen teilnahmen.

Vorausgegangen waren Informationsveranstaltungen der „Initiative Zug-der-Erinnerung“ im UJZ-Kornstraße Hannover mit nur 10 und in Schwarmstedt mit 90 Teilnehmenden. Das Interesse vor Ort war groß. Ältere Männer, die noch 1945 eingezogen wurden, schilderten ihre bis heute vorhandene innere Zerrissenheit. Die Historikerin Dr. Susanne Willems erklärte vor Antifas, Gemeinderäten, Polizisten u.a. den verbrecherischen Charakter der Waffen-SS. Es blieb die Frage, wieso deren Traditionsverband HIAG nie verboten wurde und heute nicht einmal vom Innenministerium beobachtet wird. Spannend waren die TV- und Rundfunksendungen aus den 1980er Jahren, in denen die aggressiven Nazi-Heldenfeiern und der große Widerstand geschildert wird.

Am Volkstrauertag 15.11.09 ließen 55 Nazis bereits mittags das „Treuelied der SS“ unter der Führung von NPD-Landesvorstandsmitglied Matthias Behrens und dem Celler Anführer Dennis Bührig in Friedhofsnähe erklingen. Bührig rief die „Gefallenen“ Soldaten in die eigenen „Reihen zurück“:

„Soldaten der Marine, ich rufe Euch – Hier! .....Soldaten der Waffen SS, ich rufe Euch – Hier! Soldaten des Volkssturmes, ich rufe Euch – Hier!“ Nach solch gespenstischen Erweckungsrufen legten sie Kränze auf dem Friedhof ab. Auf der Schleife der „Düütschen Deerns“ stand „In stolzer Trauer“. Die Kameradschaft Snevern-Jungs hatte im Vergleich zum Vorjahr zurückhaltender formuliert: „Unvergessen“ und auf der Schleife der Kameradschaft 73 Celle fehlte diesmal doch tatsächlich das Wort „Helden“.

weiter Seite 3

Katholiken gründen Arbeitskreis

Berlin/Bonn. Konservative Katholiken wollen mehr Einfluss auf die Politik von CDU/CSU ausüben. Aus diesem Grund haben am 15. November Mitglieder aus CDU/CSU und „Freunde“ der Union in Berlin und Bonn den „Arbeitskreis Engagierter Katholiken“ (AEK) gegründet. Angesichts des „dramatischen Wählerverlustes“ in den vergangenen Jahren müsse sich die „katholische Stimme“ „wieder stärker Gehör verschaffen“, heißt es in einer ersten Pressemitteilung des AEK. Unter den Gründungsmitgliedern der „offenen Diskussionsplattform“ finden sich führende Funktionsträger von sog. „Lebensschützer“-Organisationen wie den „Christdemokraten für das Leben“ und dem „Bundesverband Lebensrecht“, der alljährlich seinen „Marsch für das Leben“ in Berlin durchführt. Auch der CSU-Bundestagsabgeordnete Norbert Geis, Kolumnist der rechten Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ und Präsident der „Opus Dei“-nahen „Rhein-Donau-Stiftung“, gehört dem neuen Arbeitskreis an. Das Kuratorium des „Forum Deutscher Katholiken“ ist mit Barbara Dyba-Roth vertreten, die „Paneuropa-Union“ mit ihrem Präsidenten Bernd Posselt und die „Zivile Koalition“ mit der Sprecherin ihrer „Initiative Familienschutz“, Hedwig von Beverfoerde.

Mehr als 400 potenzielle Unterstützer meldeten sich bereits in der ersten Woche beim AEK, so BVL-Chef Martin Lohmann, zugleich Sprecher des Arbeitskreises. Kardinal Joachim Meisner zeigte sich erfreut über die Initiative der CDU/CSU-Mitglieder. *hma* ■

NPD-Aktivisten verurteilt

Rheine/Trier. Zwei NPD-Aktivisten sind vom Amtsgericht Rheine zur Zahlung eines Ordnungsgeldes verurteilt worden. Markus und Matthias Pohl hatten am 1. Mai 2008 mit Parolen wie „Arbeiterverräter DGB“ eine Kundgebung der Gewerkschaft massiv gestört. Das Verfahren gegen den ebenfalls an der Aktion beteiligten Dennis Dormuth wurde hingegen eingestellt. Unterdessen hat die Staatsanwaltschaft in Trier gegen den örtlichen NPD-Chef und Stadtrat Safet Babic sowie zwei weitere Personen Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung erhoben. Babic wird zudem Volksverhetzung und ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vorgeworfen. Konkret geht es um eine unangemeldete Versammlung von etwa 20 - 30 Neonazis am 8. Mai, dem „Tag der Befreiung“, auf dem Trierer Hauptfriedhof und einen Überfall von Neonazis auf Antifaschisten in der Nacht zum 18. Mai. *hma* ■

Höchstzahl bei rechtsextremen Straftaten

Berlin. Auf die Standard-Frage der Fraktion DIE LINKE zu rechtsextrem motivierten Straf- und Gewalttaten hat die Bundesregierung jetzt die Zahlen für September 2009 mitgeteilt. Dazu die Abgeordnete Petra Pau, Mitglied im Innenausschuss: „Im September wurden offiziell 1488 Straftaten registriert, die rechtsextrem motiviert waren. Das ist eine Höchstzahl im Vergleich der zurückliegenden fünf Jahre. Die Zahl der Gewalttaten im September 2009 werden mit 98 ausgewiesen. Nach langjährigen Erfahrungen liegen die realen Straf- und Gewalttaten um ca. 50 Prozent höher als die vorläufig ausgewiesenen.

www.petra.pau.de ■

Gemeinde nimmt „Stein des Anstoßes“ an

Mittenwald. Wie der Garmisch-Partenkirchner Merkur meldet (s.u.), wurde in einem „geheimen Arbeitskreis“ die Aufstellung des Denk- und Mahnmals „Stein des Anstoßes“, den der Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege im Mai 2009 anlässlich der Brendtenfeier der Gebirgstruppe in Mittenwald aufgestellt und den die Gemeinde flugs darauf wieder entfernt hatte, nun doch beschlossen. Das scheint zumindest in der politischen Klasse von Mittenwald ein Umdenken zu bedeuten. Wir dokumentieren die Meldung:

>Mittenwald. Das Denkmal wird in der Mittenwalder Grund- und Hauptschule aufgestellt. Darauf einigten sich Vertreter der Gemeinde, Kirche und Schulen sowie der „Angreifbaren Traditionspflege“.

Wer glaubte, dass der „Stein des Anstoßes“ für immer und ewig in irgendeinem Lager verstaubt und Rost ansetzt oder vielleicht sogar still und heimlich auf einer Deponie entsorgt wird, wurde am Samstag eines Besseren belehrt. Im Rahmen einer Presse-Konferenz verkündete Mittenwalds Bürgermeister Adolf Hornsteiner (CSU), dass das Mahnmal der Brendten-Gegner künftig in der Grund- und Hauptschule seinen Platz finden wird.

Das war nach drei Verhandlungsrunden das Ergebnis eines geheimen Arbeitskreises: Mit am Tisch saßen neben dem Rathauschef: Olaf Kringel (evangelischer Pfarrer Mittenwald), Dekan Thomas Gröner (katholischer Pfarrer Mittenwald), Rektor Lothar Zimak (Grund- und Hauptschule Mittenwald), Karlheinz Schütz (Geschäftsführender Beamter im Mittenwalder Rathaus) sowie Sabine Herrmann, York Runte und Martin Rapp (alle Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege).

Letztere hatten am 31. Mai während der Demonstrationen gegen das Pfingsttreffen des Kameradenkreises der Gebirgstruppe auf dem Hohen Brendten der Marktgemeinde ein pikantes Geschenk überreicht – den „Stein des Anstoßes“. Ein Mahnmal, das an die Verbrechen deutscher Gebirgsjäger während des Zweiten Weltkriegs erinnert. Vier Tage später wurde die von der Gewerkschaftsjugend gefertigte Glasvitrine abtransportiert. Seitdem diskutierte man über das weitere Schicksal des unerwünschten Präsents hinter geschlossenen Türen.< ■

Neonazi-Fußballrandale in Brandis mit Beteiligung der NPD

Sachsen. Am 24. Oktober überfielen Neonazis mit Holzlatten und Eisenstangen bewaffnet Spieler und Fans des Vereins „Roter Stern Leipzig“ in Brandis. Inzwischen nahm die Polizei fünf Neonazis unter dringendem Tatverdacht fest. Dazu Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag:

„Mit den Verhaftungen ist die Einschätzung, dass es sich um einen Angriff von Neonazis gehandelt hat, bereits jetzt bestätigt. Alle Tatverdächtigen gehören dem gewaltbereiten Teil der extremen Rechten an. Wenn sich unter den fünf Personen auch jemand aus Görlitz befindet, ist dies ein deutliches Anzeichen für eine überregionale Vernetzung der Szene.

Bemerkenswert ist für mich, dass einmal mehr die Verflechtung der NPD mit der militanten Neonazi-Szene deutlich wird. Zu den Verhafteten gehört auch ein Gemeinderatskandidat dieser Partei aus der Gemeinde Bennewitz, der zugleich Sänger der Skinheadband „Storm of Mind“ ist und der „Terror Crew Muldental“ zugerechnet wird. Er soll ebenfalls an dem Überfall von Neonazis auf mehrere Besucher der Highland Games im Sep-

tember in Machern beteiligt gewesen sein und deshalb eine Anklage wegen dreifacher Körperverletzung erwarten. Die Mär der NPD von ihrer Friedfertigkeit dürfte damit endgültig zusammengebrochen sein.

Da die Beweislage als ausgesprochen gut gelten muss, erwarte ich baldige weitere Verhaftungen und einen zügigen Beginn der Prozesse, denn nur durch rasche Verurteilungen kann die notwendige abschreckende Wirkung erzielt werden. Zu oft sind in Sachsen solche Verfahren bereits im Sande verlaufen.

Ich gehe davon aus, dass bei der Anhörung der Fraktion DIE LINKE am Dienstag, dem 1. Dezember 2009, im Landtag Konzepte vorgestellt werden können, die sowohl zu einer Sensibilisierung der Vereine im Breitensport und der Kommunen beitragen als auch wirksame Impulse für Prävention darstellen. In diesem Bereich warten wir noch immer auf die überfälligen Strategien der Staatsregierung."

Forum der Fraktion DIE LINKE zur Neonazi-Gewalt im sächsischen Fußball: http://www.linksfraktionsachsen.de/index.php?section=news&cmd=details&newsid=603 ■

Großrazzia in Tschechien - Ehemalige Waffen-SSler marschieren in Estland

In einer landesweiten Großrazzia (Prag, Ceske Budejovice, Hodonin) schlug die tschechische Polizei am 22. Oktober gegen die Neonaziszene zu. Zeitweilig wurden 28 Neonazis festgenommen, darunter Patrik Vondrak, der Prager Spitzenkandidat der DS (Delnicka strana = Arbeiterpartei) und Michaela Dupova aus der Führungsriege der Frauenkameradschaft „Resistance Women Unity" (RWU). Delnica strana unterhält zahlreiche Verbindungen zur deutschen Neonaziszene. Vondrak ist von Nazidemos in Wunsiedel und München und auch als Redner beim letzten „Fest der Völker" in Pößneck bekannt.

In Estland trafen sich erneut zahlreiche ehemalige Angehörige der europäischen Waffen-SS-Verbände. Sie waren zu den sogenannten Blauen Bergen östlich von Tallin, dem Schauplatz schwerer Kämpfe gegen die sowjetische Armee Ende Juli 1944 angereist. Die Veteranen aus Flandern, Finnland, Deutschland, Österreich und den drei baltischen Staaten kamen dort auch mit Jugendlichen zusammen. Neben Ansprachen und Kranzniederlegungen wurden vor Ort auch Bücher und Kalender über die „Europäischen Freiwilligen" angeboten, originale Waffen und Uniformen gezeigt.

Aus dem Newsletter der BAG Rechtsextremismus/ Antifaschismus der LINKEN, Antifa aktuell 11 / 2009

Zusammenstellung: Dr. Roland Bach, Kontakt zur BAG: ag.rex@die-linke.de ■

Fortsetzung von Seite 1, Nazigedenken auf dem Soldatenfriedhof Essel

Am Nachmittag sprach in Hademstorf Charly Braun vom DGB vor fast 70 Nazigegnern über die jahrzehntelangen Nazi-Feiern unter Führung der HIAG Waffen-SS. Nach mehreren antifaschistischen Demonstrationen in den 1980er Jahren fanden auch in den weiteren Jahren keine Nazi-Heldenfeiern in Essel statt. „Das neuerliche Auftreten mehrerer Nazigruppen, macht unseren Widerstand nötig", forderte der Gewerkschafter. Dann zog die Demonstration zum Soldatenfriedhof und legte einen Kranz nieder mit dem Aufdruck: „Nie wieder Faschismus und nie wieder Krieg!"

Die HIAG-Hannover sagte gegenüber der Polizei ihre diesjährige Gedenkfeier am Totensonntag ab. Sie hatte im letzten Jahr etliche Jugendliche dabei und wurde durch Verbindungsstudenten unterstützt, die einzelne Besucher am Betreten des Friedhofs hinderten.

Charly Braun vom Bündnis gegen Rechts freut sich über den Teilerfolg: „Dass die Grundeigentümer des Friedhofs und der Landkreis endlich auf dem Friedhof die Nazi-Huldigungen verboten haben, ist unserer steten Wachsamkeit und Informationsarbeit zu verdanken". Allerdings sei das Absingen von SS-Liedern auch außerhalb des Friedhofs nicht hinzunehmen, erklärte Horst Kröger von der Initiative Zug-der-Erinnerung.

Unter den AntifaschistInnen herrscht Verärgerung über die „Einschränkung der Meinungsfreiheit", weil nur die Nutzung des Radweges erlaubt wurde und dadurch nicht einmal ein, nur 2,37 Meter breites, Transparent ausgebreitet werden konnte.

Bereits nach 3 Tagen waren die Nazi-Kränze entfernt, am vierten Tag fehlte auch der antifaschistische Kranz. In mehreren Nazi-homepages wird Beschwerde abgehalten, da die Nazi-Kränze dem Anführer Behrens im entfernten Schneverdingen vor die Tür geschüttet worden seien.

ein Chronist aus Essel ■

Frauen und Rechtsextremismus – (k)ein Thema? Neuer Flyer der IG Metall klärt auf

In den Medien wird Rechtsextremismus meist als Problem von jugendlichen und oftmals gewaltbereiten Männern dargestellt. In der öffentlichen Wahrnehmung ist die Vorstellung von Rechtsextremen als kahlrasierten Kerlen in Bomberjacken und Springerstiefeln weiterhin präsent – obwohl sich das Auftreten von Rechtsextremen in den letzten Jahren gewandelt und vervielfältigt hat. Frauen waren schon immer Teil der rechtsextremen Szene, obwohl sie oftmals nicht als handelnde Personen und organisierte Rechtsextreme wahrgenommen werden. Frauen erscheinen als friedliebend, weniger gewalttätig und in rechtsextremen Zusammenhängen oftmals als unpolitische Anhängsel von Männern. Dabei mischen sie selbst kräftig mit, z.B. im Ring Nationaler Frauen oder in der Gemeinschaft Deutscher Frauen. Sie treten als Anmelderinnen von Demonstrationen in Erscheinung, als Organisatorinnen rechtsextremer Veranstaltungen und sind in rechtsextremen Parteien organisiert. Umfragen bestätigen, dass Frauen genauso rassistisch eingestellt sind wie Männer. Zugleich nutzen rechtsextreme Frauen ihre Stellung auch aus, um gezielt die Zivilgesellschaft zu infiltrieren. In manchem Sportverein werden sie als hilfsbereite Ehrenamtliche geschätzt; sie engagieren sich in der Elternvertretung von Kita und Schule und werden als freundlich und hilfsbreit wahrgenommen. Nicht immer drängen bei Bekanntwerden die betroffenen Vereine und Initiativen darauf, diese Aktivitäten und Kooperationen zu beenden. Mit ihrem Flyer tritt die IG Metall der Einflussnahme und den Positionen rechtsextremer Frauen entgegen.

Diese stehen im Widerspruch zu den gesellschaftspolitischen Zielen von Gewerkschaften: eine solidarische Gesellschaft, in der Frauen und Männer unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Religion und sexueller Orientierung gleiche Rechte haben!

aus „Aktiv + Gleichberechtigt November 2009". Download des Flyers über IG Metall: www.igmetall.de, Downloadcenter ■

Braune Burschen unbeliebt

Verbändekommers der Hamburger Studentenverbindungen fiel aus

Sowohl die Hamburger Handwerkskammer, als auch das Hotel InterContinental hatten in den vergangenen Tagen beschlossen, dass der Verbändekommers der „Vereinigung Hamburger Akademikerverbände" (VHA), ein Treffen aller Studentenverbindungen aus Hamburg, nicht in Ihren Räumen stattfinden darf. Zuvor hatte das Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) in einem Offenen Brief beide Vermieter aufgefordert die Feierlichkeiten nicht zu dulden, für die Studentenverbindungen seit Wochen werben.

Die Handwerkskammer erklärte, man sei, unabhängig von dem konkreten Vorfall, grundsätzlich für Veranstaltungen auf Basis der demokratischen Grundordnung offen. „Die Veranstaltung des Verbändekommerses passt nicht in diesen Kontext und findet bei uns nicht statt", so Sprecherin Ina Diepold. Als die Korporierten ersatzweise in einem Hotel an der Alster feiern wollten, erklärte man auf Nachfrage „das Management des InterContinental Hamburg distanziert sich von jeglichen Veranstaltungen des Verbändekommers der ‚Vereinigung Hamburger Akademiker-Verbände' (VHA)."

Das HbgR begrüßte diese grundsätzlichen Stellungnahmen und die Ausladung der VHA. Insbesondere die schlagenden Korporationen aus dem Hamburger Waffenring (HWR) luden in den vergangenen Jahren zu den Feiern ein. Die im HWR versammelten Korporationen zeichnen sich alle durch einen Exklusivitätsanspruch aus, welcher einem undemokratischem Elitedünkel nicht fern ist. Grundprinzip dieser Korporationen ist die Bildung von Seilschaften, um akademischen Nachwuchs, am allgemeinen Wettbewerb vorbei und unabhängig von tatsächlicher Qualifikation, in Führungspositionen zu lancieren. Von diesen Karrierechancen ist mindestens die Hälfte aller Studierenden ausgeschlossen, denn Frauen dürfen in den Verbindungen des HWR nicht Mitglied werden. Einige weit rechts stehende Korporationen ermöglichen darüber hinaus auch nur „Deutschstämmigen" die Aufnahme. Studentenverbindungen sind ein Anachronismus, der sowohl an der Universität, wie auch in der Öffentlichkeit zunehmend kritisiert wird. Vor allem die Kontakte einiger Verbindungen, wie der Burschenschaft Germania, der Landsmannschaft Mecklenburgia und des Corps Irminsul zur extremen Rechten bis hin zur NPD, führten nun zu den Ausladungen der VHA.

Gleichzeitig hat sich dieses Jahr gezeigt, dass die Hamburger Studentenverbindungen unbelehrbar sind und ihnen falsch verstandene Solidarität mit Neonazis in ihren Reihen wichtiger ist, als eine öffentliche Stellungnahme zu braunen Umtrieben in ihren Reihen. Wurde in den Jahren 2006 und 2008 noch die Burschenschaft Germania, auf öffentlichen Druck hin, vom Verbändekommers ausgeladen, so sagte man dieses Jahr lieber den gesamten Kommers ab, als auf Kritik zu reagieren.

Ein Ex-Richter, ein Ex-FAPler und ein Alter Herr in der Handwerkskammer

Die diesjährigen Vorgänge hinter den Kulissen sind ein Paradebeispiel für die enge Zusammenarbeit der Hamburger Korporierten, die Seilschaften ihrer Alten Herren und deren Einflussnahme.

Die VHA wird seit Jahren vom Vorsitzendem Ernst Richert, einem Ex-Richter am Hamburger Landgericht und Alter Herr eines Corps, geleitet. Als Richter war Richert ein eifriger Vorkämpfer für die in Deutschland nach 1945 verbotene Mensur. Damals erklärte er laut Spiegel (1976), das Säbel-Duell habe nichts Barbarisches: „Auch der eheliche Beischlaf kann grausam sein."

Trotz diesem eindeutigem Bekenntnis musste Richert letztes Jahr gegenüber der Mopo einräumen, dass ihm die politische Haltung der „Germania" auch nicht passe („Es stimmt, die sind äußerst rechts und wollen am liebsten die ganzen Ostgebiete wiederhaben") und sorgte für die Ausladung der völkischen Waffenbrüder von Kommers im Logenhaus.

Dieses Jahr hingegen setzte sich Richert im Vorfeld des Verbändekommerses mit einem ehemaligem Nazifunktionär an einen Tisch, um das gemeinsame Vorgehen zu besprechen. Norbert Weidner ist nicht nur Delegierter in der VHA, dem höchsten Gremium der Hamburger Studentenverbindungen, sondern ehemaliger Funktionär der verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP). Kurz vor dem Verbot verließ Weidner die FAP, distanzierte sich gegenüber den Medien allerdings nie eindeutig von seinen Ex-Kameraden, sondern blieb seiner Gesinnung treu. Auch der Inlandsgeheimdienst bestätigte, dass Weidner glaubhaft mit der FAP gebrochen habe, „ohne dass er jedoch mit seinem Weltbild gebrochen hätte." Weidner pflegt bis heute intensiven Kontakt zu Neonazis und NPD-Mitgliedern mit burschenschaftlichem Hintergrund und ist in Hamburg bei der Burschenschaft Germania und der neofaschistischen Pennalen Burschenschaft Chattia ein gern gesehener Gast.

Wohl wegen Weidners Einfluss wurde schon im Vorfeld des diesjährigen Verbändekommerses verabredet, sich von keinen Neonazis in den eigenen Reihen zu distanzieren, obwohl gerade die Corps, die Ex-Richter Riechert vertritt, sich in der Öffentlichkeit gerne als liberal und antiextremistisch präsentieren. Auch dass die Verbändekommerse 30 Jahre lang in der Handwerkskammer stattfinden konnten, ist ein Beispiel für den Einfluss von Alten Herren in Hamburg. In der Verwaltung der Handwerkskammer saß bis zu diesem Frühjahr ein Alter Herr, der allerdings vor wenigen Wochen in den Ruhestand ging und deshalb nun erstmalig wohl nicht eine schützende Hand über seine Kameraden halten konnte.

Die VHA musste dieses Jahr erstmalig eine empfindliche Niederlage einstecken, vor allem, da die Vereinigung nun in der Öffentlichkeit als fellow traveller von Neofaschisten bekannt ist. Aufgegeben hat man jedoch noch lange nicht, der Kommers soll in zwei Monaten nachgeholt werden. Und dann werden die Burschen und Alten Herren wieder alle zusammen feiern und trinken, egal ob man nun Anhänger von SPD, CDU oder NPD ist – Hauptsache Korporierter!

Felix Krebs ■

„Spur der Erinnerung" – nun der Film dazu

Achtzig Kilometer lang, zehn Zentimeter breit, von der Alb, über das Neckargebiet, den Filderbereich hinunter in den Stuttgarter Kessel, geschaffen von über 7000 Menschen, vorbereitet von über 200 Personen in 17 örtlichen Aktionskreisen, begleitet von rund 160 Veranstaltungen und abgerundet durch eine GELAUFENE, eine GEFAHRENE; eine GEGANGENE und eine GEFLOGENE SPUR – dies war Mitte Oktober das Bürgerprojekt „Spur der Erinnerung". Anlass war der Jahrestag des Verbrechens des Naziregimes gegen behinderte Menschen, die in Grafeneck auf der Schwäbischen Alb ermordet wurden. Jetzt ist das Ganze festgehalten in einer Filmdokumentation, 30 Minuten auf DVD. Einzeln 14,95 Euro; ab 10 Stück 12,00 Euro. Lieferung auf Rechnung und noch vor dem Weihnachtsfest.

Bestellungen an: Die AnStifter. Peter Grohmann, Olgastraße 1 A, 70182 Stuttgart, kontakt@die-anstifter.de www.die-anstifter.de www.spur-der-erinnerung.de www.Stolpersteine-stuttgart.de

Rechtsextreme wollen kostenlos Obst vor den Schulen verteilen!

HANNOVER. „Diese rechtsextremen Gruppierungen machen vor nichts halt! Jetzt spielen sie sich als die großen Sozialpolitiker/innen auf und wollen Kinder und Jugendliche vor den Schulen mit kostenlosem Obst einfangen," empört sich Regine Kramarek, schulpolitische Sprecherin der grünen Ratsfraktion. Sie bezieht sich auf eine Pressemitteilung, die die Grünen am Wochenende erhalten haben. Darin künden die jungen Nationalisten das Verteilen von kostenlosem Obst nur an deutsche Kinder und Jugendliche vor den Schulen an.

„Die Schulen sollten da unbedingt ein Auge drauf haben und die Schüler/innen aufklären, damit sie die Essen-Angebote nicht in Anspruch nehmen. Diese Kumpeltour könnte von vielen Kindern falsch verstanden werden, so dass sie die eigentliche menschenverachtende Haltung und Ausländerfeindlichkeit dahinter nicht erkennen" sagt Kramarek.

Die Pressemitteilung vom 7.11. stammt von nationalen Kräften in Hannover, die eine Internetseite betreiben unter dem Titel „besseres-hannover". Auf der Internetseite werden Bürger aufgefordert sich der Gruppierung anzuschließen. So heißt es dort u.a.: „Nationalisten gibt es nur im Osten? Nein! Auch hier in Hannover gibt es Deutsche, die die Missstände in ihrer Stadt und in ihrem Heimatland erkennen und bekämpfen. Sie kämpfen für den deutschen Sozialismus und die Volksgemeinschaft und sind Teil des deutschlandweiten nationalen Widerstandes."

Unter der Überschrift „Solidaritätsliederabend in Hannover" vermelden sie in der Pressemitteilung:

„Am 6. November 2009 fand im Osten Hannovers ein nationaler Liederabend mit 120 Teilnehmern erfolgreich statt. Weder Polizei noch sonstige staatliche Organe hinderten die jungen deutschen an ihren Solidaritätsbekundungen. Wie man junge Deutsche auf Konzerten am besten kriminalisiert, wurde von der Polizei einige Tage vorher in einer Kaserne medienwirksam geübt, aber nach dieser anstrengenden Tätigkeit brauchte man scheinbar einige Tage Urlaub. Doch wofür sollte gesammelt werden?

Nicht erst 2009 nehmen Übergriffe von kriminellen Ausländerbanden auf unschuldige deutsche Jugendliche überhand. Der Staat zeigt sich schwach und schaut zu. Integration ist gescheitert und wird weder von uns noch von den Fremden gewünscht. Auch die Stadt Hannover gibt jährlich tausende Euros für Integrationsprojekte aus, während Geld für kostenloses Obst an Schulen angeblich nicht vorhanden ist.

Was die Stadt nicht kann, muss der Bürger selber machen! Wir, junge Nationalisten aus Hannover, werden mit dem gesammelten Geld ab Montag, den ganzen Winter über, an Hannovers Schulen kostenlos Obst an deutsche Kinder und Jugendliche, gerade in sozial schwachen Stadtteilen, verteilen. Kein deutsches Kind soll den Winter an Vitaminmangel leiden!

Obwohl die Finanzierung für diesen Winter steht, planen wir auch in den nächsten Wochen Veranstaltungen in und um Hannover, um deutschen Schülern neben Obst auch ein nahrhaftes und gesundes Mittagessen in der Schulzeit zu ermöglichen."

Die Grünen fordern: Schulen müssen gewarnt werden!

Quelle: Bündnis 90 / Die Grünen im Rat der LH Hannover ■

Ein Aktionsbericht bei luzi-m.org:

Tätergedenken auf halbem Weg beendet

München. 16.11.09. Trotz deutlichem antifaschistischem Widerstand konnten am vergangenen Samstag rund 130 Neonazis mit einigen Schwierigkeiten durch die Innenstadt ziehen. Die Polizei nahm 31 Antifaschistinnen und Antifaschisten fest.

MÜNCHEN. Der Ärger begann mit dem Lautsprecher-LKW – und endete mit ihm. Zu spät kam Phillip Hasselbach mit dem Lautsprecherwagen zum neonazistischen „Heldengedenkmarsch", verfuhr sich auch noch, geriet über die Häberlstraße direkt in die Menge der AntifaschistInnen, die die Weiterfahrt blockierten. Das ganze Gerangel zog sich ein Weilchen hin und auch danach fand sich so schnell kein Weg. Nach dem vorzeitigen Ende am Sendlinger Tor schließlich wollte der LKW dann einfach nicht mehr anspringen. Roland Wuttke musste Starthilfe leisten, bis der unangenehme Tag endlich ein Ende finden konnte. – Aber der Reihe nach.

Am Freitagnachmittag hatte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (Bay VGH) sowohl den „Heldengedenkmarsch" in München als auch den „Gedenkmarsch" für Neonazi Jürgen Rieger in Wunsiedel erlaubt. Da nur wenige wirklich mit einem Verbot gerechnet hatten und die Presse am Samstagmorgen übner die Gerichtsentscheidungen berichtete, nahmen insgesamt etwa 3000 AntifaschistIinnen an den Protesten gegen den Münchner Naziaufmarsch teil.

Gut besuchte Demonstrationen

Bereits gegen 10.30 Uhr versammelten sich am Georg-Freundorfer-Platz rund 700 AntifaschistIinnen zur Demonstration „gegen Heldengedenken, Militär und kapitalistischen Normalbetrieb", zu der vorwiegend linksradikale Gruppen aufgerufen hatten. Die (meist vom Band abgespielten) Redebeiträge machten klar, dass es an diesem Tag nicht nur um antifaschistischen Widerstand gegen Neonazis, und das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus gehe, sondern darüber hinaus um eine klare Zurückweisung von Militarisierung und Kapitalismus.

Etwa um halb zwölf startete die Demonstration und lief zügig durch das Westend und die Schwanthalerstraße in die Goethestraße, wo sie zunächst stoppte. Da sich die Rechtsextremist/ innen um →

12 Uhr am Hauptbahnhof treffen und dann durch eben diese Straße zum Goetheplatz gehen wollten, rechneten nun viele mit einer Blockade des Anreiseweges. Stattdessen aber sprinteten die vorderen Reihen zum von der Polizei gut abgeriegelten Hauptbahnhof.

Von dort ging es dann ebenfalls recht zügig zum Karlsplatz/Stachus und weiter zum Sendlinger Tor. Hier wartete bereits die zweite Demonstration mit etwa 1000 TeilnehmerInnen, die von bürgerlichen AntifaschistInnen organisiert vom Marienplatz kam. Zu dem Aufeinandertreffen schreibt „antifascista“ auf indymedia: „Nach knapp anderthalb Stunden schließt die Demo auf den bürgerlichen Protestzug auf. Hierbei kommt es zu einer kurzen Konfrontation, nachdem ein offensichtlich betrunkener Nazi vor den Block springt, und die Polizei die Demospitze recht massiv attackiert, als der Block sich daraufhin in Bewegung setzt. Trotz Einsatz u.a. von Pfefferspray kann die Demo aufgrund der gut organisierten Aufstellung allerdings direkt geschlossen weiterlaufen.“

„Nicht nur reden, sondern handeln“

In der Lindwurmstraße war es dann vor allem der KZ-Überlebende Martin Löwenberg, der eindringlich auf die Notwendigkeit antiaschistischen Widerstands einging. Löwenberg dankte insbesondere den „vielen jungen Antifaschisten“ für ihr Engagement und kritisierte die Gerichtsentscheidung des BayVGH scharf. Schließlich machte Löwenberg unter Applaus klar, dass entschlossener Antifaschismus nicht nur Reden, sondern vor allem auch Handeln bedeute.

Nach dieser Rede wurden beide Demonstrationen beendet und die inzwischen etwa 2000 Teilnehmer_innen machten sich auf den Weg zum Goetheplatz, wo sich gerade die Neonazis aus dem Umfeld der „Freien Nationalisten München“ versammelten. Um den Druck der Gegendemonstrant_innen zu verringern, ließ die Polizei anfangs nur Kleingruppen durch die Sperrgitter. Später ging es etwas schneller, wobei Transparente nicht geduldet wurden.

Auftakt mit Schwierigkeiten

Am Goetheplatz eilten viele Leute schnell zur Ecke Häberlstraße, wo die Nazikader Hasselbach und Roland Wuttke versuchten, die Lautsprecher-Fahrzeuge zu ihrem Auftaktort zu bringen. Indymedia zu den „Verzögerungen“: „Grund dafür sind offensichtlich Probleme mit dem Lautsprecherwagen, teils eigenem Unvermögen, teils antifaschistischer Intervention geschuldet. So wird der Wagen blockiert, muss den Rückzug antreten, steckt immer wieder fest. Bei einem Angriff auf den Wagen nimmt offensichtlich auch der Versammlungsleiter Schaden.“ Beschallt von wohlgesonnen AnwohnerInnen verteilten sich die NazigegnerInnen dann am Goetheplatz. Eineinhalb Stunden lang passierte dann aber rein gar nichts, auch weil es die Veranstalter des Naziaufmarsches offensichtlich nicht schafften, die Wägen zum Kundgebungsort zu bewegen. Mit deutlicher Verspätung und unter dem Lärm von Tröten, Trillerpfeifen und „Nazis-Raus“-Rufen begann um 15 Uhr der Auftakt zum „Tätergedenken“.

Blockaden und Gemüse

Erst gegen vier Uhr machten sich die 150 Neonazis auf den Weg – angeführt und umringt von Hunderten PolizistInnen – durch die abgeriegelte Goethestraße zurück Richtung Hauptbahnhof. In der langen Zwischenzeit war es dennoch nicht wenigen AntifaschistIinnen gelungen, innerhalb der Sperrgitter zu kommen. Von hier und von jenseits der Gitter wurden die RechtsextremistInnen mit altem Gemüse eingedeckt, während eine kleine Gruppe versuchte, den Aufmarsch zu blockieren. Diese AntifaschistInnen konnten sich – zusammen mit einigen anderen – nach kurzem Geschubse durch das Unterstützungskommando der Polizei weiterhin fast durchgehend innerhalb der Absperrungen bewegen. Am Hauptbahnhof an der Ecke Bayerstraße wäre es sogar deutlich mehr Leuten gelungen, direkt auf die Straße zu gelangen, es fehlte hier jedoch an Geschlossenheit.

Allerdings säumten von nun an rund dreitausend NazigegnerInnen lautstark den Aufmarsch und es kam immer wieder zu kleineren Blockadeversuchen.

Gegen 17 Uhr erreichte der Aufmarsch den Sendlinger-Tor-Platz, wo angesichts der Sperrgitter und der parkenden Polizeiwägen schon bald klar wurde, dass hier Schluss sein würde. Umringt von lautstarken Protestierenden hielten die „Freien Nationalisten“ ihre vorgezogene Abschlusskundgebung ab. Gegen 18 Uhr geleitete eine Polizeieskorte die Neonazis in die U-Bahn zum Hauptbahnhof hinunter. Oben gestaltete sich der „geordnete Rückzug“ schwieriger. Der Lautsprecher-LKW wollte nicht mehr anspringen, offenbar hatte auch die Batterie unter den Hetzreden der Neonazis gelitten. Erst nach etwa zehn Minuten gelang es Wuttke mithilfe des zweiten Wagens unter dem Gelächter der verbliebenen Antifaschist_innen, den LKW zu starten. Ob sie den Weg aus der Innenstadt gefunden haben, ist nicht bekannt.

„Starkes linkes Zeichen“

In ersten Reaktionen am Abend werteten viele Antifaschist/innen den „Action Day“ als Erfolg. Trotz eines Großaufgebotes von 1500 Polizist/innen sei es gelungen, mit kleineren Blockaden und lauten Protesten den Naziaufmarsch zu stören. Zu beklagen seien jedoch die 31 Fest- und drei Gewahrsamnahmen. „antifascista“ zieht auf indymedia ein positives Fazit:

„Mit einer lauten und entschlossenen Antifademo kann ein starkes linkes Zeichen in München gesetzt werden. Durch antifaschistische Aktionen wird der Auftakt der Nazidemo um Stunden verzögert. Nach nur etwas mehr als der Hälfte der Strecke wird der Naziaufmarsch beendet.

Erfreulich viele junge, engagierte Menschen können für autonome Antifa-Aktionen gewonnen werden. Viele Audimax-Besetzer/Innen beteiligen sich. Trotz massivem Polizei-Aufgebot kommt es zu zahlreichen direkten Aktionen und Blockaden, was neben einer funktionierenden Infostruktur vor allem auf die Entschlossenheit vieler Antifaschist/innen zurückzuführen ist.“

www.luzi-m.org ■

Das neue Heft des Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 widmet sich den Lebensentwürfen von jungen Menschen zwischen Anpassung und Widerstand. Wer dem nationalsozialistischen Ideal nicht entsprach, wurde rasch zur „unerwünschten Jugend“ und als „asozial“ gebrandmarkt. Opposition war lebensgefährlich. Dies wird in verschiedenen Beiträgen zum Thema deutlich. Dass junge Gegner des NS-regimes nicht in Vergessenheit geraten, war stets auch Anliegen von Karl Heinz Jahnke, der im September diesen Jahres gestorben ist. In einem Gespräch mit Cora Mohr und Dietrich Marquardt berichtet er über seine Forschungen.
Der Studienkreis entwickelt zurzeit eine Ausstellung zum Thema „Jugendliche in Opposition“, die im Heft vorgestellten Biografien entstammen den dazugehörigen Recherchen.

Informationen Nr. 70, zu bestellen über Studienkreis Deutscher Widerstand 1933 - 1945, Rossertstr. 9, 60323 Frankfurt/M., kontakt@studienkreis-widerstand-1933-45.de, Einzelheft 5,50 Euro zuzüglich Versandkosten, im Abo (zweimal jährlich) 11 Euro

Der rassistischen und rechtspopulistischen Kandidatur von Pro NRW entgegentreten!

Bei den Landtagswahlen in NRW im Mai nächsten Jahres gibt es ein neues Wahlverfahren. Der Wähler hat wie bei der Bundestagswahl eine Erststimme und eine Zweitstimme. Das kommt auch pro NRW zu gute, die vor allem im Rheinland stark vertreten sind und jetzt nicht mehr unbedingt in jedem Wahlkreis antreten müssen, sondern mit einer Landesliste flächendeckend in Nordrhein-Westfalen antreten können. Diese gravierende Änderung im Wahlverfahren spielt in der öffentlichen Diskussion zur Zeit überhaupt keine Rolle, kann aber dazu führen, dass für pro NRW der Einzug ins Landesparlament möglich ist.

Landratswahl 2009	pro Köln / pro NRW	NPD
	Prozente	Prozente
Kreis Düren	–	3,2 %
Kreis Heinsberg	–	2,1 %
Kreis Euskirchen	–	–
Oberbergischer Kreis	3,3 %	–
Rhein-Erft-Kreis	3,3 %	–
Rheinisch-Bergischer Kreis	4,0 %	–
Rhein-Kreis Neuss	5,5 %	–
Rhein-Sieg-Kreis	–	1,1 %
Städteregion Aachen	–	–

pro NRW sitzt in Bergheim, Köln, Leverkusen und Radevormwald mit Fraktionsstärke im Stadtrat und in weiteren Gemeinden mit Ratsmitgliedern im Stadtrat. Die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) der Stadt Köln kommt zu der Schlussfolgerung: „Würde die pro-Bewegung flächendeckend in NRW antreten – legt man die Zahlen der Wahlkreise zugrunde, in denen sie angetreten ist – liegt es durchaus im Rahmen des Möglichen, ein Ergebnis nahe der benötigten 5 % zu erzielen.“ (1) Der Name „pro NRW“ ist geschickt gewählt, unverfänglich, der ein oder andere Wähler könnte schon mal darauf hereinfallen. Dazu kommt, dass sich diese Gruppe bewusst nicht Partei nennt, obwohl sie eine ist, sondern als „Bürgerbewegung“ auftritt.

pro NRW wird bei der Landtagswahl als Protestpartei auftreten und sich zu Themen äußern, wo sie hetzen kann. So ist die örtliche Gruppe „pro Köln“ vor Jahren in vielen Stadtbezirken aufgetreten und hat behauptet, hier würde bald eine Moschee gebaut, fern jeder Realität. Pro NRW tritt als die Anti-Islam-Partei schlechthin auf. In Köln und Leverkusen konnte diese Gruppe dies zum lokalen Konflikt entwickeln. Eine neue Qualität für rechtsextreme Politik in NRW. Dabei gelang es ihr, in bürgerliche Kreise einzubrechen, einen CDU-Bezirksbürgermeister auf ihre Seite zu ziehen und Übertritte aus der CDU zu gewinnen.

Der Vorsitzende von pro NRW Markus Beisicht erklärte im Hinblick auf die Landtagswahlen: „Rechts der Mitte ist ein scheunengroßes Vakuum entstanden, dass durch uns neu besetzt wird.“

Sicher ist das großspurig daher gesagt. Aber die CDU, und gerade in NRW, versucht den Wahlkampf in der Mitte zu gewinnen. Ministerpräsident Rüttgers ahmt Johannes Rau nach, eine Art Sozialdemokratisierung der CDU. Das kann schon dazu führen, dass die CDU ihre gesamte Breite nicht mehr halten kann und Rechtskonservative das Lager wechseln. Das bleibt abzuwarten.

Viel beunruhigender ist, dass pro NRW vor allem dort die höchsten Ergebnisse erzielt, wo tendenziell Bevölkerung der unteren Einkommensschichten und viele Menschen mit Zuwanderungshintergrund leben.

Unsere Kölner Analysen über die Kommunalwahlen 2004 und 2009 haben erwiesen, dass pro Köln dort hohe Stimmergebnisse erzielt, wo die Wahlbeteiligung niedrig ist und der Anteil der SGB II-Abhängigen sehr hoch ist. Dabei sind die Überschneidungen in Hochburgen der SPD und der Linken auffällig und Überschneidungen in Hochburgen der CDU oder der Grünen sehr gering.

Das mag einem nicht gefallen und widerspricht vielleicht manch einem Vorurteil der linken Bewegung. Das ist aber die Realität, der wir uns stellen müssen. Dabei ist die soziale Demagogie von pro NRW zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher schwach entwickelt. Anders als bei der NPD gibt es das Wort Hartz IV in ihrem 2007er 7-Punkte-Programm nicht. Dafür die Forderung „Das Ruhrgebiet stärken – Aufbau West im Ruhrgebiet.“

AntifaschistInnen in NRW sollten sich vor und im Wahlkampf darauf konzentrieren, vor Ort breite Bündnisse gegen Rechtsextremismus zu entwickeln und zu unterstützen und gerade in Stadtteilen, wo Menschen mit wenig Einkommen leben, aktiv zu werden und den rassistischen und rechtspopulistischen Argumenten entgegenzutreten und dafür einzutreten, dass soziale Gerechtigkeit und gute soziale Standards für alle Menschen der richtige Weg ist.

Jörg Detjen,
Stadtratsmitglied
DIE LINKE. Köln ■

Stadtratswahl 2009	pro Köln / pro NRW		NPD		Republikaner		BfD	
	Prozente	Sitze	Prozente	Sitze	Prozente	Sitze	Prozente	Sitze
Alsdorf	–	–	–	–	4,5 %	2	–	–
Bergheim	6,0 %	3	–	–	–	–	–	–
Bonn	1,6 %	1	–	–	–	–	–	–
Düren	–	–	2,6 %	1	–	–	–	–
Erkelenz	–	–	1,1 %	1	0,7 %	0	–	–
Hückelhoven	–	–	2,2 %	1	–	–	–	–
Köln	5,4 %	5	0,0 %	0	–	–	–	–
Leichlingen	2,9 %	1	–	–	–	–	–	–
Leverkusen	4,0 %	3	–	–	–	–	–	–
Lohmar	–	–	–	–	–	–	0,7 %	0
Neunkirchen-Seelscheid	–	–	–	–	–	–	5,0 %	2
Radevormwald	5,1 %	2	–	–	–	–	–	–
Rheinbach	–	–	–	–	–	–	1,4 %	0
Siegburg	–	–	–	–	–	–	2,3 %	1
St. Augustin	–	–	–	–	–	–	1,7 %	1
Stolberg	–	–	2,2 %	1	0,1 %	0	–	–
Troisdorf	–	–	–	–	–	–	1,6 %	1

Quellenhinweis:
Die extreme Rechte bei der NRW-Kommunalwahl 2009 im Regierungsbezirk Köln, ibs, Info-und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
www.museenkoeln.de/ns-dok/

„Pro Köln“abgeblitzt

KÖLN. „Hat sich der Oberbürgermeister nicht verzählt? Müsste pro Köln nicht auch einen Sitz im Aufsichtsrat haben?“, fragte pro Köln Funktionär Uckermann völlig schockiert, als klar ist, dass er weder im Aufsichtsrat der Kölner Sportstätten und auch nicht in den Aufsichtsrat der KölnBäder GmbH einzieht. In diesem 12er Aufsichtsrat hatten sich die Stimme so glücklich verteilt, dass der eingeplante Sitz von pro Köln einfach entfiel. Bei Stimmabgabe wie nach den Fraktionen hätte pro Köln einen Sitz bekommen. Da haben sich eben andere Mehrheiten ergeben.

Die Aufsichtsräte werden erstmals nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren gewählt und das hat’s in sich. Zwar profitieren die kleinen Fraktionen von diesem Verfahren, aber kleine Stimmenschwankungen führen zu überraschenden Ergebnissen. So auch in diesem Fall.

Die Behauptung von pro Köln, das sei rechtswidrig, ist einfach Unsinn. In den Aufsichtsräten müssen sich eben nicht die Mehrheiten im Rat widerspiegeln. Die städtischen Unternehmen sind Unternehmen der Stadt, des Rates und seiner Verwaltung, aber nicht Unternehmen der Parteien. Hier erkennt man einmal wieder das falsche Demokratieverständnis von pro Köln. Die wollen, dass die Partei überall regiert. Und was hatte sich pro Köln schon alles erträumt, wo sie Aufsichtsratsgelder für ihre rechtsextreme Propaganda abzweigen können.

Die vier Ratsmitglieder der LINKEN, Thor Zimmer (Gruppe Freunde) und Martin Müser (Kölner Bürgerbündnis) waren eine Listenverbindung für die Wahl zu den Aufsichträten eingegangen. Damit hatte die Liste 6 Mitglieder und war somit stärker als pro Köln mit 5 Ratsmitgliedern. Eine derartige Liste war DIE LINKE bereits vor fünf Jahren eingegangen, um Sitze in den Aufsichtsräten zu bekommen. Also ein ganz normaler Vorgang. *jöd* ■

Frankreich:

Rassismusstudie 2009 erschienen

Eine Untersuchung der Verschiebungen im Rassismus von Teilen der französischen Gesellschaft

In der vorletzten Novemberwoche publizierte die „Nationale Konsultativkommission für Menschenrechte“ (CNCDH) – ein unabhängiges Organ, das den französischen Premierminister berät – die kurz zuvor erstellte, jährliche Studie des Meinungsforschungsinstituts CSA über den Rassismus in Frankreich.

Eine genauere Auswertung der Untersuchungsergebnisse über die Verbreitung des Rassismus in der französischen Gesellschaft, in langjähriger Perspektive, belegt zwei große Tendenzen: Zum Einen den sichtbaren Rückgang des offenen, „bekennenden“, als solchen gekennzeichneten und „komplexfrei“ auftretenden Rassismus. Zum Zweiten belegen die vorhandenen Informationen aber auch eine Verschiebung der Thematiken des potenziell rassistisch aufgeladenen Diskurses: Diese Entwicklung führt weg von generellen Affirmationen (die „Ungleichheit der Rassen“ betreffend, oder die Anwesenheit von allgemein „zu vielen Immigranten in Frankreich“) und hin zu eher „kulturell“ verkleideten Problematiken – etwa die an die „Integration“ von Einwanderern zu stellenden Anforderungen, und/oder insbesondere den „Platz des Islam“ in der französischen Gesellschaft betreffend – sowie zu einer „Sicherheits“problematik.

Nur noch drei Prozent offen bekennende Rassisten

Zum ersten Punkt: Einer der Gradmesser dieses spürbaren Rückgangs offen und bewusst an den Tag gelegter rassistischer Haltungen ist die Antwort der befragten Französinnen und Franzosen in (gezielt den Rassismus erforschenden) Meinungsumfragen darauf, ob sie sich selbst als „eher rassistisch“, „ein wenig rassistisch“, „nicht sehr rassistisch“ oder „überhaupt nicht rassistisch“ einstufen. Bei der jetzt publizierten Meinungsstudie des Instituts CSA zum Thema stuften sich nur noch drei Prozent als „eher rassistisch“ ein. Zum Vergleich: Im Oktober 2000 waren es in derselben Kategorie noch 12 Prozent gewesen, ein Jahr später 11 Prozent, und (nach einigen Schwankungen der Kurve) im Vorjahr 2008 noch 5 Prozent.

Hingegen stufen sich inzwischen 54 % der französischen Bevölkerung – bzw. ihres für die Umfrage repräsentativ ausgewählten Panels – als „überhaupt nicht rassistisch“ ein. Auch hier zum Vergleich: Im Jahr 2000 waren es nur 31 Prozent, gewesen, ein Jahr später 33 Prozent. Im Vorjahr 2008 waren es 52 Prozent.

Auch bei einigen ausgewählten Sachfragen zeigt sich ein weit verbreiteter Anspruch, möglichst nicht rassistisch zu erscheinen. So antworten 68 Prozent mit „Ja“ auf die Frage, ob „Angehörige aller menschlichen Rassen einen Anspruch auf Gleichbehandlung haben“, während weitere 20 Prozent darauf antworten, es gebe „gar keine Rassen“. Nur noch acht Prozent antworten, es gebe „Rassen, die anderen überlegen sind“, was während der Kolonialperiode eine weit verbreitete Auffassung gewesen ist.

Es gibt also eine relative Tabuisierung des (offenen) Rassismus im Vergleich mit früheren Perioden, die auf verschiedene Faktoren zurückgeführt werden kann. Einer der Gründe dafür liegt im Einflussflussverlust der extremen Rechten: Vor allem in den ersten Jahren unmittelbar nach 1989 (parallel zum durch die herrschende Propaganda beständig wiederholten „Wegfall jeglicher sozialistischen System-Alternative“) war die extreme Rechte unter Jean-Marie Le Pen zeitweilig als erfolgreichster Träger gesellschaftlicher Frustrationen erschienen. Und sie schien ein Wunderrezept für soziale Probleme, in Gestalt der ‚Préférence nationale‘ (= „Bevorzugung der eigenen Staatsbürger, denen Arbeitsplätze etc. zu reservieren seien), bereit zu halten.

Das Auf und Ab im Einfluss dieser politischen Kraft hatte schon in früheren Perioden unmittelbare Auswirkungen auf die Diffusion rassistischer Ideen und Haltungen. So war bereits im Laufe der neunziger Jahre gesamtgesellschaftlich ein Rückgang der Verbreitung rassistischer Thesen beobachtet worden, der stark mit der innenpolitischen Entwicklung jener Jahre zusammenhing. Konkret gingen zwischen 1990 und 1998 folgende Auffassungen in der Gesellschaft zurück: „Es gibt zu viele Araber im Land“ (1990: 76 %, 1998 hingegen: 56 %); „es gibt zu viele Schwarze im Land“ (1990: 46 Prozent, 1998: 27 %). Einen vollkommenen Aufnahmestopp auch für Asylsuchende und Flüchtlinge unterstützten 1990 noch 40 %, acht Jahre später hingegen unterstützten nur noch 24 % diese Forderung.

Das „kommunale Wahlrecht für Ausländer/innen“ befürworteten im Jahr 1990 insgesamt 35 % der Befragten, acht Jahre später waren es dann 52 %. Heute (im November 2009) wird diese Forderung übrigens inzwischen sogar schon durch 59 Prozent unterstützt.

„Nach einer Hochphase in den Jahren von 1990 bis 1992 neigt die Verbreitung rassistischer und xenophober Auffassungen – die freilich noch immer präsent sind – dazu, zurückzugehen“, stellte damals der Meinungsforscher Roland Cayrol in der Pariser Abendzeitung ‚Le Monde‘ vom 2. Juli 1998 fest. Und sein Kollege Jérôme Jaffré stellte parallel dazu fest: „Die Verlockung des Rassismus wird offen ausgesprochen und ist Bestandteil der politischen Debatte und begründet eine politische, soziale und moralische Trennlinie. Doch diese Situation ruft im Gegenzug eine antirassistische Mobilisierung hervor, insbesondere in der Jugend und den gebildeten Schichten der Bevölkerung. Dies macht die Annahme von Gesetzen und staatlichen Maßnahmen gegen die Immigranten schwierig, wie man in den letzten Jahre gesehen hat.“ Dadurch, fügte er hinzu, unterschiede sich die französische Situation im übrigen von der britischen, deutschen oder österreichischen, wo keine vergleichbar starke Polarisierung anzutreffen sei. (Vgl. AN Nr. 14/1998, der Artikel steht jedoch leider nicht on-line.)

Es war also die Links-Rechts-Polarisierung, die im vergangenen Jahrzehnt den offenen Rassismus zunächst zurückdrängte. Ähnliche Tendenzen hatte auch eine Umfrage des SOFRES-Instituts zutage gebracht, die am 13. Juni 1998 im Figaro-Magazine veröffentlicht worden war; dort wurden die jeweiligen Umfrageergebnisse mit den entsprechenden Resultaten vom September 1991 verglichen. Demnach befanden sich die Auffassung jener, die Sozialleistungen und Arbeitsplätze bevorzugt an französische Staatsbürger vergeben wollten, einerseits – und die Ansicht, wonach keinerlei Diskriminierung zwischen gebürtigen Franzosen und (legal) im Lande lebenden Einwanderern andererseits vorgenommen werden dürfe, im September 1991 beinahe auf gleicher Höhe. Konkret wollte damals, vor nunmehr achtzehn Jahren, je eine knappe Hälfte der Befragten etwa Arbeitsplätze (45 %), Sozialwohnungen (45 %) oder Kindergeld (48 %) bevorzugt an „einheimische Staatsbürger“ vergeben. Eine andere Hälfte wollte hingegen keinen Unterschied zwischen Franzosen und Einwanderern machen. Doch im Mai 1998 war der Anteil der „Nicht-Diskriminierungswilligen“ unterdessen auf je 68 % (bei Arbeitsplätzen) bzw. 67 % (Zugang zu Sozialwohnungen, Kindergeld) gestiegen. Umgekehrt wollten „nur“ noch 31 % (Arbeitsplätze) respektive 30 % (Sozialwohnungen, Kindergeld) „die Franzosen bevorzugen“.

Heute – 2009 – wird die Frage nach einer offenen „nationalen Bevorzugung“ so nicht mehr gestellt, doch äußert sich eine deutliche Mehrheit zugunsten einer prinzipiellen Gleichbehandlung (bspw. 81 Prozent: „die eingewanderten Arbeiter sind hier zu Hause, da sie ihren Beitrag zur Wirtschaft leisten“).

Heute, in Zeiten, da keine vergleichbar starke Links-Rechts-Polarisierung und/ oder antifaschistische Mobilisierung in der französischen Gesellschaft vorherrscht, sind die Gründe anderswo zu suchen als in den starken Anwehrreaktionen gegen den Aufstieg der extremen Rechten, wie sie von circa 1995 bis 2002 aufkamen. Eine der Ursachen dafür ist der Mangel an Ausstrahlung einer „Dynamik", die heute von der extremen Rechten ausginge: Diese hält sich zwar auf einem nicht unbeachtlichen Niveau aufrecht. Doch weist sie derzeit keinerlei strategische Perspektive (der „Machteroberung oder -beteiligung") auf, und ihr alternder Chef Jean-Marie Le Pen – inzwischen eher eine Belastung denn ein Pluspunkt für seine Partei, den Front National – zögert seinen Abgang von der politischen Bühne seit Jahren sträflich hinaus.

Hinzu kommt aber, als viel allgemeiner wirkender Faktor, die wachsende „Vermischung" der französischen Bevölkerung vor allem in den jungen Generationen, unter denen der Anteil der Französinnen und Franzosen migrantischer Herkunft in den letzten 20 Jahren (jedenfalls in den städtischen Zonen und Ballungsräumen) auf ein beträchtliches Niveau angewachsen ist. In Abwesenheit einer starken, das rassistische Potenzial in der Bevölkerung bündelnden rechtsextremen Bewegung gilt diese Tatsache der „Vermischung" an und für sich in breiter werdenden Kreisen der Bevölkerung inzwischen als Normalität.

Der indirekte Rassismus

Aber, zweiter Punkt, dieser generelle Rückgang des (offenen) Rassismus bedeutet noch keineswegs, dass nun ausschließlich eitel Sonnenschein herrschen würde. Denn auch wenn eine große Mehrheit sich grundsätzlich für Gleichbehandlung unabhängig von der Herkunft ausspricht, so kommt dennoch zugleich ein gewisses – meist ökonomisch bedingtes, und mit der Konkurrenz um Arbeitsplätze und Sozialleistungen begründetes – Unbehagen an der wachsenden „Durchmischung" der Bevölkerung zum Ausdruck. So erklären 47 Prozent der Befragten tendenziell ihr Einverständnis (und 22 % davon ihr „volles Einverständnis") zu der Aussage, insgesamt lebten „zu viele" Einwanderer im Lande.

Allerdings: im Jahr 2000 etwa erklärten noch 59 % ihre Zustimmung zu dieser Aussage (vgl. auch http://jungle-world.com/artikel/2000/25/27559.html). Zwischenzeitlich ging dieser Wert deutlich zurück, auf 38 % im Jahr 2004, doch Ende 2005 beantworteten erneut 56 % die Frage zustimmend (vgl. AN Ausgabe 08/2006, der Artikel steht on-line); damals hatten die heftigen Riots und Unruhen in den französischen Vorstädte kurz vor der Durchführung der Erhebung stattgefunden. Derzeit dürfte, neben der Erinnerung an solcherlei Phänomene und den generellen (oft seitens der herrschenden Politik implizit rassistisch überfrachteten) „Innere Sicherheits"diskurs der letzten Jahre, auch der Kontext der Wirtschaftskrise eine erhebliche Rolle spielen. (Jüngst, im November 2009, wurde auf einer durch den „Minister für Immigration und nationale Identität" Eric Besson eingerichteten Homepage offen ein Zusammenhang zwischen Zuwanderung, Einwandererjugend und Kriminalität hergestellt. Der Hinweis wurde inzwischen, infolge von Protesten, von dort wieder entfernt.)

Neben der „Sicherheits"problematik fokussieren vor allem „kulturelle" und religiöse Faktoren die Aufmerksamkeit eines wachsenden Teils der Gesellschaft. So stimmen 50 % der Befragten der Aussage zu, viele in Frankreich lebenden Immigranten täten nicht genug, um sich in das Land zu integrieren (während 36 % die Blockaden eher bei der Mehrheitsgesellschaft erblicken). Im Vorjahr lagen die jeweiligen Proportionen noch bei 48 % respektive 37 %. Die Zahl derer, die Integrationsdefizite vor allem auf Seiten der Einwanderer sehen, ist jedoch in (kleineren) Kommunen mit ausgesprochen niedrigem Anteil an Migranten – bei 60 % - sehr viel höher als in städtischen Zonen oder gar im Raum Paris (19 %).

Im Blickpunkt stehen dabei vor allem Muslime; jene werden, nach den Sinti & Roma (69 %), am stärksten – durch 44 % der Befragten – als zum Teil „außerhalb der französischen Gesellschaft stehende" Gruppe genannt.

Zentrifugale Tendenzen

Einen dritten Punkt gilt es von unserer Seite her hinzuzufügen, dem Anwachsen von „Partikularinteressen" in Teilen einzelner Bevölkerungsgruppen: Damit einher geht auch das Auftreten neuartiger rassistischer Bestrebungen, verkörpert etwa durch den stark antisemitisch konnotierten Ethnozentrismus des Anführers einer Schwarzen-Sekte namens „Kémi Séba" (mit bürgerlichem Zivilnamen Stellio Capochichi). In diesen Bereich zählen auch die starken antisemitischen Tendenzen bei dem schwarzen französischen Theatermacher Dieudonné M'bala M'bala, die ihn zu einer Annäherung an die extreme Rechte (in Gestalt Jean-Marie Le Pen, Alain Soral, Robert Faurisson), aber jüngst – Ende November 2009 – auch zu einem Besuch beim iranischen Präsidenten Mahmud Ahmedinedjdad trieben.

Umgekehrt sind aber auch die starken Rechtstendenzen, die mit tendenziell einwanderer- und vor allem moslemfeindlichen Haltungen einhergehen, in einem (minoritären) Teil der französischen jüdischen Bevölkerung zu nennen.

Generell ist zu beobachten, dass – mehr oder wenige kleine – Teile von „ethnischen Minderheiten" sich heute eher aggressiv gegeneinander stellen, als sich gemeinsam gegen einen gemeinsamen Feind zu wenden.

Dies stellt auch die antirassistischen Organisationen vor neue Herausforderungen.

Bernhard Schmid, Paris ■

Leitkultur à la française: Regierungsoffizielle Debatte um die „nationale Identität"

Seit dem 2. November 2009 diskutiert Frankreich regierungsoffiziell über die „nationale Identität". An jenem Montag gab der Minister „für Einwanderung, Integration und nationale Identität" (so lautet sein Titel) Eric Besson den Startschuss für diese ideologische Regierungskampagne, die er am 25. Oktober erstmals angekündigt hatte: Eine Webpage unter der elektronischen Adresse bzw. Betreffzeile „Debatte nationale Identität" wurde freigeschaltet. Dabei handelt es sich real vor allem um eine Variante der, zu Anfang des Jahrzehnts heftig diskutierten, deutschen „Leitkultur"debatte auf Französisch. Was so viel bedeutet wie: Welche ideologischen Anforderungen darf die Mehrheitsgesellschaft an Einwanderer stellen, damit sie auch hier bleiben „dürfen"? Und was soll auf die (alten wie neuen) Staatsbürger identitätsstiftend, sprich: identifikationsheischend, wirken? Staatspräsident Nicolas Sarkozy griff auch persönlich mehrfach in die Debatte ein, hielt am 27. Oktober eine Ansprache vor Bauernfunktionären im französischen Jura („Die Erde, der Boden ist Bestandteil der nationalen Identität"). Und am 12. November 09 hielt er an einem historischen Ort des Widerstands gegen die Nazibesatzer – auf dem Vercors-Plateau – eine über einstündige Rede, in welcher er von der historischen Monarchie bis zur Résistance im Zweiten Weltkrieg so gut wie alles tatsächlich oder vermeintlich Positive in eine vermeintlich monolithische, also „aus einem Guss" erscheinende Nationalgeschichte (unter Verschweigen o. Ausklammern ihrer großen Verbrechen: Vichy, Kolonialkriege..) einzugemeinden versuchte.

Der rechtsextreme Front National (FN) unter Anführung seiner Vize-Chefin Marine Le Pen griff die Regierungskampagne auf und startete bereits zum Überholmanöver. Von den Medien anfänglich viel beachtet, verlangte Marine Le Pen („Wir sind die glaubwürdigste Partei bei diesem Thema", „wir fordern diese Debatte seit 25 Jahren ein") bei Präsident Sarkozy im Elysée-Palast empfangen zu werden. Bislang vergeblich.

Die laufende Woche und die kommende liefern neue „Höhepunkte" dieser Ideologiekampagne: Am 4. Dezember findet ein Kolloquium zum Thema „französische Identität" statt, am 8. Dezember eine Parlamentsdebatte über die Nationalidentität. Die „Debatte" soll offiziell noch bis Ende Januar dauern. Im Februar 2010 möchte Minister Eric Besson eine „Synthese", eine Auswertung der angeblichen Diskussion publizieren. Der Minister hat jüngst auch die Veröffentlichung eines (von ihm verfassten o. herausgegebenen) Buchwerks über „die Nation" angekündigt.

Vor diesem Hintergrund werden wir in der kommenden Ausgabe ausführlich auf diese Kampagne und ihre Hintergründe zurückkommen. *bhs* ■

„Einheimische Hilfstruppen für die Drecksarbeit“

Der diesjährige Kongress der Informationsstelle Militarisierung in Tübingen beschäftigte sich mit Tendenzen der Militarisierung. Eine engere Vernetzung sozialer Bewegungen wurde gefordert. Ein Gespräch mit Jürgen Wagner:

Eine These des Kongresses der Informationsstelle Militarisierung, der vom 20.-22.11. stattfand, lautete, dass sich der Kapitalismus gegen „neue Bedrohungen“ rüstet. Was ist damit gemeint?

Das sind zum Teil hausgemachte Probleme. Die Finanz- und Wirtschaftskrise trifft die Länder der Dritten Welt am stärksten. Sie verschärft dort Hunger und Armut und löst entsprechende Hungerrevolten aus. Aus Sicht der kapitalistischen Staaten ist damit Interventionsbedarf gegeben, zumal, wenn sich in den ausgebeuteten Ländern Systemalternativen herausbilden sollten. Eine Lösung der Armutsproblematik wird ausdrücklich nicht gewollt, weil das die Grundlagen des Kapitalismus gefährden würde. Der nächste Crash wird kommen, und damit auch die nächste Militarisierungswelle.

Heißt das, der Militarismus von heute zeichnet sich weniger durch klassische Eroberungsgelüste aus, sondern durch Besitzstandswahrung mit militärischen Mitteln?

Geopolitik spielt weiter eine wichtige Rolle. In einer Studie des Bundesnachrichtendienstes wird davor gewarnt, dass sich eine Machtverschiebung weg vom transatlantischen Raum hin nach Asien vollzieht. Vor allem China und Russland werden da genannt. Um dem entgegenzuwirken, ist eine Rückkehr zu klassischen geopolitischen Mustern zu erwarten. Gemeinsam mit den USA bereitet sich die EU darauf vor, viel offener als bisher Kriege zu führen. Sie hat bislang über 20 sogenannte ESVP-Einsätze geführt (Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik). In Zukunft will sie 19 solcher Einsätze gleichzeitig führen können. Die Rede ist auch von einer Verdopplung der EU-Armee. Die Aufrüstung der EU zum globalen Machtakteur wird sich mit dem Lissaboner Vertrag beschleunigen.

Das rein militärische „Management“ in potenziellen Aufstandsregionen wird aber schnell an Kapazitätsgrenzen stoßen …

Deswegen ist die sogenannte Reform des Sicherheitssektors die zentrale Option der NATO-Staaten, um soziale Unruhen zu deckeln und prowestliche Machthaber am Ruder zu belassen. Das bedeutet, dass einheimische Hilfstruppen in den besetzten oder beherrschten Ländern die Drecksarbeit machen sollen. Deswegen will die EU jetzt zum Beispiel die somalische Armee im Kampf gegen die Rebellen ausbilden. In Afghanistan wird für den Aufbau der einheimischen Armee und Polizei mit zwei bis drei Milliarden Euro jährlich kalkuliert, also ein Vielfaches des eigenen afghanischen Staatshaushaltes.

Ein Stichwort, das heute in keiner politisch-strategischen Analyse fehlt, ist die Zivil-Militärische Zusammenarbeit …

Wir haben auf unserem Kongress in diesem Jahr weniger die Rolle von zivilen Akteuren im Ausland thematisiert, wo sie zum Teil Hand in Hand mit den Militärs auftreten, sondern den Fokus mehr auf das Inland gerichtet. Denn hier drängt sich die Bundeswehr immer stärker in das zivile Leben. Das, was Katastrophenschutz eigentlich sein sollte, also Schutz von Menschen, spielt dabei die geringere Rolle: Es geht ständig um den Schutz von sogenannten kritischen Infrastrukturen – also Kraftwerke, Banken, Industrieanlagen usw. Diese sollen vor etwaigen Revolten oder Streikenden geschützt werden – denn dass die Krise auch im Inland die sozialen Spannungen verschärft, damit rechnet die Regierung.

Wie sieht es denn mit der Zusammenarbeit von antimilitaristischer und anderen sozialen Bewegungen aus?

Da gibt es Nachholbedarf, ganz klar. Wir hatten auf dem Kongress ein Forum zur Militarisierung der Hochschulen, bei dem es darum ging, dass einerseits immer mehr direkte Rüstungsforschung an den Unis betrieben wird, und andererseits die Sozialwissenschaften „eingebettet“ werden, um Konzepte für effektive Besatzungsregime zu erarbeiten. Wir haben am Sonntag spontan beschlossen, nach dem Kongress in ein besetztes Uni-Gebäude hier in Tübingen zu gehen und das Forum dort zu wiederholen. Damit wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen und für eine stärkere Vernetzung der sozialen Bewegungen werben.

Interview /Frank Brendle / Jürgen Wagner / junge Welt, IMI-Standpunkt 2009/063 – in: junge Welt, 23.11.2009 ■

Aktion gegen den Virus militaris var. Teutonicus

gegen einen Stand der Bundeswehr auf der Bildungsmesse in Köln am 7.11.09

KÖLN. Seit Jahren tingeln die Menschenfänger der Bundeswehr (im Fachjargon Jugendoffiziere) durch die Arbeitsämter, über Marktplätze, durch Schulen und sogenannte Berufs- und Bildungsmessen, um Kinder und Jugendliche für ihr blutiges Handwerk zu ködern.

Am 6. und 7.11. trieben sich diese „Berufsberater“ in Köln auf der Messe „Beruf Live“ rum, hatten dort einen großen Stand direkt im Eingangsbereich der Messehalle aufgebaut und versuchten, neues Kanonenfutter zu fangen.

Am Samstag hat deshalb das Decont-Team einer antimilitaristischen Selbsthilfegruppe den Stand der Bundeswehr mit Flatterband abgeriegelt und die Jugendlichen auf die Gefahren, die von der Bundeswehr ausgehen, hingewiesen.

Nach etwa 10 Minuten, in denen der Stand abgesperrt und Flugblätter an die Umstehenden verteilt worden sind, wurde das Decont-Team von der Security der Köln-Messe dann aufgefordert, die Aktion zu beenden – wodurch erst einnmal noch mehr Neugierige an den Stand kamen, Flugblätter lasen und diskutierten.

Nach einer dritten Aufforderung hat das Team die Messe-Hallen dann unbehelligt verlassen können.

Soldat ist kein normaler Beruf !
Ausbildungsplätze statt Kriegseinsätze!

www.bundeswehr-wegtreten.org ■

Bundesregierung ignoriert Bundesverfassungsgericht

BERLIN. „Die Bundesregierung ignoriert Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts, das sich gegen Abschiebungen Asylsuchender nach Griechenland ausgesprochen hatte. Obwohl das griechische Asylsystem überlastet ist, sind im 3. Quartal 2009 fast dreimal so viele Asylsuchende nach Griechenland abgeschoben worden wie im Vorjahreszeitraum. Die Bundesregierung stiehlt sich damit aus der flüchtlingspolitischen Verantwortung“, so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Sie reagiert damit auf eine Antwort auf eine Kleine Anfrage (17/14) der Linksfraktion. Die Abgeordnete weiter: „Im 3. Quartal dieses Jahres wurden 70 Asylsuchende nach Griechenland überstellt, im Vorjahreszeitraum waren es 25. Die Zahl der Übernahmeersuchen ist sogar noch deutlicher gestiegen: von 128 im 3. Quartal 2008 auf 708 im 3. Quartal 2009. Damit ignoriert das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge weiterhin beharrlich mehrere Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts, in denen Asylsuchenden einstweiliger Rechtsschutz gegen eine Überstellung nach Griechenland zugesprochen worden war. Das höchste deutsche Gericht begründete die Beschlüsse gleichlautend damit, dass in Griechenland der Zugang zu einem fairen Asylverfahren nicht garantiert sei.

Unter den überstellten Asylsuchenden befinden sich weiter in steigender Zahl Flüchtlinge aus dem Irak und Afghanistan. Deutschland entledigt sich über das „Dublin-System“ der EU seiner flüchtlingspolitischen Verantwortung. Die Asylsuchenden müssen immer in dem Land ihr Asylverfahren betreiben, über das sie in die EU einreisen. Für ein Drittel der Asylantragsteller in der Bundesrepublik wird ein Übernahmeersuchen an andere EU-Staaten gestellt.“

Die Kleine Anfrage und die vorläufige Fassung der Antwort der Bundesregierung können auf meiner homepage abgerufen werden: www.ulla-jelpke.de

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Kinderrechte vorbehaltlos anerkennen!

STUTTGART. Die UN-Kinderrechtskonvention konnte am 20. November ihren 20. Geburtstag feiern. Allerdings können Flüchtlingskinder in Deutschland diese Rechte nicht vorbehaltlos feiern. Die Bundesrepublik Deutschland hat bei ihrer Ratifizierung im April 1992 nämlich eine Erklärung abgegeben, mit der sich Deutschland das Recht vorbehalten hat, Unterschiede zwischen In- und Ausländern zu machen. Dies führte und führt immer wieder zu Ausgrenzung und Benachteiligung bei Bildung, Unterbringung sowie medizinischer, psychologischer und sozialer Versorgung.

So hat das Land Baden-Württemberg zwar endlich auch die Schulpflicht für Flüchtlingskinder eingeführt, allerdings beginnt sie erst sechs Monate nach dem Zuzug aus dem Ausland. Dies macht es Flüchtlingskindern immer noch schwerer, ihr Recht auf Schule und Bildung durchzusetzen.

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg begrüßt ausdrücklich die Absichtserklärung der neuen Bundesregierung, den Vorbehalt zurückzunehmen. Zuletzt war dieses Vorhaben am Veto einiger Bundesländer gescheitert, darunter auch Baden-Württemberg, die eine Rücknahme explizit abgelehnt hatten. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg fordert die Landesregierung dazu auf, die Verweigerungshaltung aufzugeben und einer Rücknahme des Vorbehaltes zur UN-Kinderrechtskonvention zuzustimmen.

Am 5. April 2010 wird es 18 Jahre her sein, dass die Konvention nur mit Vorbehalt ratifiziert wurde. Ein gutes Zeichen des Kinderlandes Baden-Württemberg wäre, bis dahin UN-Kinderrechte vorbehaltlos für jedes Kind, egal welcher Staatsangehörigkeit und Herkunft zu gewähren.

Das Signal dafür kann schon jetzt auf den Weg gebracht werden.

Flüchtlingsrat BadenWürttemberg ■

Innenministerium verhindert Berichterstattung zu Abschiebehaft

BÜREN. Seit mehreren Wochen ist der erst 17-Jährige Guldev Singh in der Abschiebehaft im westfälischen Büren inhaftiert. Die Kinderrechte, die an sich für alle Kinder gelten sollten, werden zum wiederholten Male durch die Behörden in NRW missachtet. Im Gegensatz zu geltenden Erlassen lässt das Innenministerium des Landes NRW eine schleichende Erleichterung der Inhaftierungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendlichen zu. Grundlage hierfür sind Altersfestsetzungen von Ausländerbehörden, die ohne Hinzuziehung von hinreichend geschulten Experten, Entwicklungspsychologen und Medizinern durchgeführt werden.

Zum 20. November 2009, dem 20. Jahrestag der Ratifikation der UN-Kinderrechtskonvention, wollte ein Team eines öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders die Haft des 17-Jährigen Guldev Singh dokumentieren. Das Innenministerium verweigerte die Drehgenehmigung. Offenkundig ist die öffentliche Berichterstattung über die skandalöse Inhaftierung von Minderjährigen unerwünscht.

Guldev Singh ist zwei Tage nach seiner Einreise in das Bundesgebiet verhaftet worden, bevor er einen Asylantrag stellen konnte. Bei der Vernehmung hat er aus Angst einen falschen Namen und ein falsches Geburtsdatum angegeben. Er befürchtete, in ein Kinderheim eingesperrt zu werden, die sich in Indien oft in einem katastrophalen Zustand befinden. Nachdem Guldev die Möglichkeit eingeräumt wurde, mit einem Rechtsanwalt zu sprechen, sagte er umgehend seinen richtigen Namen und Geburtsdatum.

Die Ausländerbehörde glaubt ihm nun zwar den Namen, aber sein Alter schätzen sie nicht auf 17 Jahre, sondern sie vermuten, er sei 24 Jahre alt. „Um festzustellen, dass Guldev minderjährig ist, reicht ein Blick in sein Gesicht“, so Frank Gockel vom Verein Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren, „so ist auch zu verstehen, warum das Innenministerium Angst vor den Bildern einer Fernsehkamera hat“. Da die Ausländerbehörden in der Regel Monate bis Jahre brauchen, um für Inder Passersatzpapiere zu erhalten, muss Guldev nun mit einer Haftzeit von mindestens 6 Monaten rechnen.

Dass es sich hierbei um keinen Einzelfall handelt, musste der Verein Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren gerade in den letzten Monaten vermehrt feststellen. Immer häufiger nehmen die Ausländerbehörden Altersschätzungen vor, in denen offensichtlich Minderjährige als volljährig eingestuft werden. Gockel ist überzeugt, dass das Innenministerium so die Zahl der inhaftierten Jugendlichen nach unten manipulieren will.

„Die Kinderrechte müssen in Deutschland für alle Kinder gelten unabhängig von ihrer Herkunft“, erklärt Thomas Berthold vom Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge. Frank Gockel vom Verein Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren ergänzt: „Gerade im Rahmen der Abschiebehaft werden regelmäßig Jugendliche in Haft genommen, dabei handelt es sich um einen klaren Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention.“ Die Bundesrepublik Deutschland hat bei der Ratifikation der UN-Kinderrechtskonvention Vorbehalte hinterlegt, die u.a. besagen, dass das Kindeswohl ausländerrechtliche Regelungen nicht beeinträchtigen darf. In der Praxis heißt dies: ausländische Kinder und Jugendliche werden zunächst als Ausländer und erst in zweiter Linie als Minderjährige behandelt.

Besonders Abschiebehaft für Minderjährige widerspricht einem der Kerngedanken der UN-Kinderrechtskonvention, demzufolge stets das Kindeswohl maßgebliches Kriterium für den Umgang mit den Kindern und Jugendlichen sein soll. →

Der Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V. und der Verein Hilfe für Menschen in Abschiebehaft fordern die Rücknahme der Vorbehaltserklärung, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen. „Aber auch in der gegenwärtigen Rechtslage ist es dem Innenministerium möglich, die Abschiebehaft für Minderjährige zu beenden“, betont Thomas Berthold. Frank Gockel legt den Schwerpunkt auf die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der Landesregierung: „Es muss endlich einen Mentalitätswechsel geben: Die Diskriminierung ausländischer Kinder muss ein Ende finden.“

Quelle: Gemeinsame Presseerklärung v. 19.11.2009 des Bundesfachverbands Unbegleitete Minderjähriger Flüchtlinge e.V. und des Vereins Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V. ■

SPD-Fraktion will Aufenthaltsgesetz ändern

BERLIN. In Deutschland lebenden Ausländern ohne Aufenthaltstitel oder Duldung soll nach dem Willen der SPD-Fraktion der Zugang zur Gesundheitsversorgung, zu Bildung und zu arbeitsgerichtlichem Rechtsschutz erleichtert werden. Dies sieht ein Gesetzentwurf der Fraktion (Bundestagsdrucksache 17/56) zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes vor, der am Donnerstag in erster Lesung auf der Tagesordnung des Bundestagsplenums steht.

Darin verweisen die Abgeordneten darauf, dass jede öffentliche Stelle laut Aufenthaltsgesetz verpflichtet ist, unverzüglich die zuständige Ausländerbehörde zu unterrichten, wenn sie „im Zusammenhang mit der Erfüllung ihrer Aufgaben“ vom Aufenthalt eines Ausländers erfährt, der keinen erforderlichen Aufenthaltstitel besitzt und dessen Abschiebung nicht ausgesetzt ist. Daher vermieden betroffene Ausländer den Kontakt zu öffentlichen Stellen, was in der Praxis“ zu einschneidenden Problemen“ führe.

So nähmen Ausländer ohne Aufenthaltsstatus ihren Anspruch auf medizinische Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes oft aus Angst vor Entdeckung nicht wahr, weil die jeweilige Leistung vorher beim Sozialamt beantragt werden müsse, heißt es in der Vorlage weiter. In Ländern, in denen Schulleiter den Aufenthaltsstatus abfragen müssen, sähen viele Eltern zudem davon ab, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Ferner hätten auch sich illegal in Deutschland aufhaltende und damit illegal beschäftigte Ausländer einen einklagbaren zivilrechtlichen Anspruch auf ihren Arbeitslohn, sähen aber auch hier aus Angst vor Entdeckung von entsprechenden Klagen ab.

Daher soll die bisherige Übermittlungspflicht laut Gesetzentwurf künftig nicht mehr für alle öffentlichen Stellen gelten, sondern nur „für solche, deren Aufgabe die Gewährleistung der Gefahrenabwehr und die Strafrechtspflege sind“. Dazu zählen Polizei- und Ordnungsbehörden sowie öffentliche Stellen mit der Aufgabe der Strafverfolgung und -vollstreckung.

Bei öffentlichen Stellen, deren originäre Aufgaben in der Gewährleistung sozialer Rechte bestehen,“ werden eben diese Aufgaben gefährdet, wenn die Betroffenen aus Angst vor Entdeckung davon absehen, sich an diese Stellen zu wenden“, begründet die Fraktion ihren Vorstoß. Deshalb sollen von dem betreffenden Gesetzespassus laut Vorlage nur die Stellen erfasst werden, „bei denen die Übermittlungspflicht die Wahrnehmung der eigenen Aufgaben nicht gefährdet“.

Quelle: Jesuitenflüchtlingdienst 25.11.09- www.jrseurope.org ■

Beim Bleiberecht regiert die Politik der Kälte

BERLIN. Im Vorfeld der Innenministerkonferenz fordern PRO ASYL und die Landesflüchtlingsräte die Schaffung einer umfassenden und großzügigen Bleiberechtsregelung. Das politische Versprechen, Kettenduldungen abzuschaffen, wurde bis heute nicht eingelöst. Die Altfallregelung, die Ende des Jahres ausläuft, hat nur einen kleinen Teil der Betroffenen begünstigt. Restriktiv gefasste Ausschlussgründe und die Festlegung auf einen Einreisestichtag ließen viele Geduldete von vorneherein ohne Chance auf ein dauerhaftes Bleiberecht.

„Wenn die Politik jetzt nicht handelt, stehen am Neujahrstag Tausende vor der Abschiebung“, so Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. Als kalt und hartherzig bezeichnet PRO ASYL die Pläne der Innenminister, eine restriktive minimale Verlängerung der Altfallregelung auf der anstehenden Innenministerkonferenz am 3./4. Dezember in Bremen beschließen zu wollen. Die Altfallregelung müsse verlängert und deutlich erweitert werden.

Selbst den zunächst Begünstigten droht zum Ende des Jahres mehrheitlich ein Rückfall in die Duldung und damit die Gefahr, abgeschoben zu werden.

Nach der sogenannten Altfallregelung aus dem Jahr 2007 und ihrer Vorgängerregelung aus dem Jahr 2006 hatten rund 62.000 Menschen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, davon ca. 31.000 nur auf Probe. Das heißt, dass ihnen für den Fall, dass ihnen die überwiegende eigenständige Lebensunterhaltssicherung bis Ende des Jahres 2009 nicht gelingt, die Zurückstufung auf die Duldung droht. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, zeitgerecht eine „angemessene Regelung“ zu finden.

Im Unklaren blieb, auf welcher Ebene eine Neuregelung erfolgen und wie diese konkret aussehen soll. Aus Sicht der Betroffenen bedeutet dies, dass sie aktuell in großer Ungewissheit leben müssen.

In Unsicherheit leben auch die ca. 60.000 langjährig Geduldeten, die wegen des starren Einreisestichtags von vornherein keine Chance auf ein Bleiberecht nach der Altfallregelung hatten. Sie leben nun seit über sechs Jahren geduldet in Deutschland. Auch für sie muss eine sichere Perspektive für ihr Leben in Deutschland gefunden werden.

PRO ASYL und die Landesflüchtlingsräte fordern deswegen eine großzügige Bleiberechtsregelung. Dies setzt insbesondere voraus, dass statt eines Einreisestichtags eine Mindestaufenthaltszeit vorzusehen ist und dass von dem Erfordernis der eigenständigen überwiegenden Lebensunterhaltssicherung abzusehen ist. Beides wurde bereits im Frühjahr von Caritas und Diakonie gefordert. Auf restriktive Ausschlussgründe ist zu verzichten.

Für die Abschaffung der Kettenduldungen sind darüber hinaus weitere Änderungen im humanitären Aufenthaltsrecht erforderlich.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL 26. November 2009 ■

Hinweis: In dem Positionspapier „Hartherzige Vorschläge zum Bleiberecht“ analysieren PRO ASYL und Flüchtlingsräte die Schwachstellen und Defizite der kursierenden Vorschläge zur Verlängerung der Altfallregelung aus den Landesinnenministerien. www.proasyl.de

Flüchtlingslager sind inhuman und verschleudern Steuern in Millionenhöhe

München. 24.11.2009. Seit Jahren kämpft der Bayerische Flüchtlingsrat gegen die inhumane und menschenunwürdige Unterbringung von Flüchtlingen in Sammellagern. Denn Lager machen krank und „schaffen es, aus Menschen, die voller Elan hier ankommen, in wenigen Jahren gebrochene Menschen zu machen“, so Rechtsanwalt Hubert Heinhold bei der ExpertInnenanhörung des Bayerischen Landtags am 23.04.09 – eine Einschätzung, die von allen ExpertInnen geteilt wurde.

Ein aus dieser Sicht nachrangiges Detail sind die Kosten der Lagerunterbringung, die jedoch in Zeiten der Wirtschaftskrise und einbrechender Steuereinnahmen zunehmend an Gewicht gewinnen.

Der Bayerische Flüchtlingsrat hat deshalb in seinem Gutachten die Kosten der Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen und Sammellagern gegenübergestellt und kommt zu einem überraschenden Ergebnis: Würden die 7636 Flüchtlinge, die derzeit in bayerischen Sammellagern untergebracht sind, in Wohnungen leben, wäre dies jährlich um mindestens 13,6 Millionen Euro billiger.

In das Gutachten sind 1489 Flüchtlinge einbezogen, die in den Flüchtlingslagern in Neuburg an der Donau, Dachau, Aholfing-Obermotzing (Landkreis Straubing), Landshut, Pfarrkirchen und Nördlingen sowie in den 4 Flüchtlingslagern in Augsburg und in einem Flüchtlingslager in München untergebracht sind.

Die dem Gutachten zugrunde liegenden Kosten der Wohnungsunterbringung errechnen sich aus den Mietobergrenzen für Hartz IV-EmpfängerInnen, die in diesen Städten und Gemeinden gelten. Sie umfassen die maximalen Kaltmieten sowie angemessene Betriebs- und Heizkosten und sind nach Haushaltsgrößen gestaffelt. Sie reichen von 305 Euro für alleinstehende Personen im Landkreis Straubing bis zu 876 Euro für achtköpfige Familien in Bayreuth.

Für die Bezifferung der Kosten der Lagerunterbringung arbeitet das Gutachten mit einer Schätzung, da nach wie vor keine belastbaren Zahlen aus dem Sozialministerium vorliegen. Zuletzt in der Landtagsanhörung am 23.4.09 musste Dr. Oliver Bloeck als Vertreter des Sozialministeriums zugeben, dass die von ihm zunächst genannten 230 Euro nicht alle Kosten umfassen. Die angekündigte Neuberechnung der Kosten ist bisher jedoch nicht erfolgt. Gestützt auf Angaben des ehemaligen Innenministers Günther Beckstein schätzen wir deshalb die Unterbringungskosten auf 450 Euro pro Person und Monat.

Daraus errechnet sich eine Kostendifferenz für die 1489 Flüchtlinge in den in die Berechnung einbezogenen Flüchtlingslagern in Höhe von 2.660.640,36 Euro. Hochgerechnet auf die 7636 Flüchtlinge in bayerischen Flüchtlingslagern ergibt sich daraus ein Einsparvolumen von jährlich 13.644.492,81 Euro.

„Die bayerische Praxis der Unterbringung von Flüchtlingen in Sammellagern muss umgehend beendet werden, da sie die betroffenen Flüchtlinge zermürbt und krank macht“, fordert Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats. „Wer dieser Forderung nicht aus menschlicher Solidarität oder christlicher Nächstenliebe zustimmen will, sollte dies wenigstens aus haushaltspolitischer Vernunft tun“.

Zu den Vorwürfen von Sozialministerin Christine Haderthauer gegen den Bayerischen Flüchtlingsrat und seine Person sagt Thal: „Wenn Frau Haderthauer den ernsthaften Vergleich zwischen den Kosten der Unterbringung in Wohnungen und Sammellagern nicht scheut, reicht ein schneller Blick auf den Posten der Liegenschaften im Haushalt des Sozialministeriums nicht aus. Dann müssen in die Kosten der Lagerunterbringung alle Kosten mit einfließen, die durch die Hartz IV-Unterkunftskosten auch abgedeckt werden. Und dazu gehören neben den ‚bloßen Mietkosten‘ u.a. auch Hausverwaltungen, Hausmeister, Instandhaltungsarbeiten, Abwasserentsorgung, Müllabfuhr, Straßenreinigung, Wachdienste und – in den letzten Jahren besonders gestiegen – die Kosten für die Heizung.

Frau Haderthauer hält hingegen an den in der Landtagsanhörung genannten Kosten von 230 Euro für die Lagerunterbringung pro Person und Monat fest, obwohl ihr Fachreferent für die Unterbringung von Flüchtlingen damals schon zugeben musste, dass diese Zahl deutlich zu niedrig ist, und korrigiert sie lediglich um 8 Euro auf 238 Euro nach oben. Wie sie mit diesen auf ganz Bayern hochgerechneten (8x7636x12) = 733.056 Euro jährlich all diese Zusatzausgaben für 118 Flüchtlingslager finanzieren will, ist uns ein Rätsel. Den Vorwurf der ‚Volksverdummung im ganz großen Stil‘ nehmen wir deshalb gelassen, im Eifer der Debatte kann sich auch Frau Haderthauer mal vergaloppieren“.

www.fluechtlingsrat-bayern.de ■

Demo in Wittenberg für Lagerschließung

Am 14.11. demonstrierten 120 Menschen in der Lutherstadt Wittenberg für die Schließung des Flüchtlingslagers Möhlau. Es war die zweite Demonstration in Wittenberg in diesem Jahr, mit der Wohnungen für die Flüchtlinge gefordert wurden, die jetzt noch in dem Lager Möhlau unter schlimmen Bedingungen leben müssen. Die Flüchtlingsinitiative Möhlau hatte zu der Demo aufgerufen, unterstützt von der Initiative No Lager Halle, der Initiative Togo Action Plus, Karawane für das Recht der Flüchtlinge und MigrantInnen, der Internationalen Liga für Menschenrechte und weiteren Gruppen.

Bei dem Flüchtlingslager Möhlau handelt es sich um eine ehemalige Sowjetkaserne, im Wald gelegen. Hier müssen 180 Flüchtlinge leben, die u. a. aus den Ländern Benin, Kosovo, Sierra-Leone, China kommen. Es sind auch einige staatenlose Flüchtlinge dabei. Die meisten der hier lebenden Flüchtlinge haben „Duldungsstatus“. Ihnen allen ist unbegreiflich, warum man sie damit bestraft, sich in diesem isolierten Heim im Wald aufhalten zu müssen. Sie kommen aus Kriegen und politischen Konflikten, benötigen Hilfe, das Gefühl von Sicherheit und Teilnahme an der Gesellschaft. Aber in Möhlau erleben sie das Gegenteil, das Leben wird ihnen schwer gemacht. Das größte Problem besteht nicht mal in den baulichen Verhältnissen, obwohl auch die katastrophal sind. Die Isolation des Heims ist das eigentliche Problem. Es liegt viele Kilometer von den Städten entfernt: ca. 7 Kilometer sind es zum Bahnhof in dem Dorf Raguhn. 7 Kilometer sind es außerdem zum Ort Gräfenhainichen. 20 Kilometer bis Dessau, 30 Kilometer bis Lutherstadt Wittenberg. Müssen die Flüchtlinge zum Sozialamt in Wittenberg oder zur Ausländerbehörde in Gräfenhainichen, oder müssen sie einkaufen gehen oder zur ÄrztIn – bei allem sind sie gezwungen, zu Fuß oder mit dem Fahrrad die weiten Wege zurückzulegen. Die Flüchtlinge können nicht länger warten, sie wollen Wohnungen, und zwar in der Stadt! Sie brauchen außerdem Bargeld, um sich selbstbestimmt versorgen zu können. Darauf wurde bei der Demo am 14.11. hingewiesen.

http://togoactionplus.wordpress.com
http://www.ludwigstrasse37.de/nolager/home.htm ■

Humanitäre Hilfe ist niemals ein Verbrechen

ITALIEN. Im sizilianischen Agrigento stehen erneut Menschen vor Gericht, die Schiffbrüchige gerettet haben. Erst vor wenigen Wochen waren Kapitän Stefan Schmidt und Elias Bierdel, als Crewmitglieder der Cap Anamur verantwortlich für eine Seenotrettungsaktion vor Sizilien, von einem Gericht in Agrigento freigesprochen worden. Sieben tunesischen Fischern wird zur Last gelegt, 44 Bootsflüchtlinge nach Italien geschleust zu haben. Wie im Fall der Cap Anamur fordert die Staatsanwaltschaft drakonische Strafen: Drei Jahre Haft und 440.000 Euro Geldstrafe wegen Beihilfe zur illegalen Einreise. Das Urteil wird am Dienstag erwartet.

Der damals diensthabende Kommandant der italienischen Küstenwache vertrat im Prozess die Auffassung, die Migranten seien nicht in Lebensgefahr gewesen. Deshalb habe es sich nicht um eine Rettungsaktion gehandelt. Es sei die Pflicht der Küstenwache gewesen, die Einfahrt in italienische Gewässer zu verhindern. An dieser Darstellung bestehen schon deshalb Zweifel, weil es vielen unter den Flüchtlingen gesundheitlich sehr schlecht ging. Allein drei von ihnen mussten umgehend nach ihrer Ankunft auf Lampedusa mit dem Rettungshubschrauber nach Sizilien ausgeflogen werden.

Das Verfahren gegen die Fischer verläuft genauso schleppend wie der Cap-Anamur-Prozess. Zwar wurden die Fischer nach einigen Wochen Untersuchungshaft frei gelassen, allerdings erst nach einer Unterschriftensammlung von EU-Parlamentariern und öffentlichen Protesten. Ihre berufliche Existenz haben die Tunesier bereits verloren: Ihre Schiffe wurden konfisziert, ihre Fischereilizenzen nicht erneuert.

Humanitäre Hilfe ist keine Straftat. Das gilt für „kleine“ tunesische Fischer ebenso wie für Kapitän Stefan Schmidt und Elias Bierdel, deren Prozess und Freispruch zum Tribunal gegen die Kriminalisierung der Hilfe auf Hoher See wurden. Unsere Solidarität gilt allen.

Quelle: Presseerklärung Pro Asyl 16. November 2009 ■

Neonazi-Angriff auf Flüchtlingsheim

In der Nacht vom 7. zum 8. November 2009 wurde die Flüchtlingsunterkunft am Rande von Harbke (Landkreis Börde) zum Ziel eines rechten Angriffs – zum zweiten Mal innerhalb von sechs Monaten. Die unbekannten Täter drangen auf das Gelände und in zwei Gebäude der ehemaligen NVA Kaserne ein, die als Flüchtlingsunterkunft für ca. 150 Menschen dient. Im Hausflur und an der Wand neben der Eingangstür sprühten sie zwei großflächige Hakenkreuze – ebenso an das Wartehäuschen der Bushaltestelle vor dem Heim. Die Angreifer rissen außerdem Feuerlöscher von den Wänden und versprühten deren Inhalte in beiden Hausfluren. Das Löschpulver stieg bis zur dritten Etage des Hauses I und II hoch und hinterließ selbst in den Zimmern teils Zentimeter hohe Ablagerungen „Ich bin nach Deutschland geflohen, weil ich Angst hatte, doch hier habe ich wieder Angst“, beschreibt ein junger Flüchtling aus dem Irak wenige Tage nach dem Angriff der Rechten die Stimmung unter den HeimbewohnerInnen. Sie sind verzweifelt und schutzlos. Die Unterkunft liegt mitten im Wald neben der Autobahn ca. 5 km außerhalb vom Ortskern der 18000 EinwohnerInnen zählenden Gemeinde Harbke. Die nächstgelegenen günstigen Einkaufsmöglichkeiten gibt es in Helmstedt (Niedersachsen). Die insgesamt drei Wohnhäuser bleiben Tag und Nacht unverschlossen, da die Flüchtlinge keine Haustürschlüssel erhalten. Mehrere Flüchtlinge nahmen nach Mitternacht dichten Rauch auf den Fluren wahr, irgendwann ertönte der Feueralarm. Als die durch einige BewohnerInnen alarmierte Polizei zusammen mit der Feuerwehr nach ca. 45 Minuten vor Ort eintraf, waren die Täter längst verschwunden. Die reine Fahrzeit für Sicherheitskräfte vom nächstgelegenen Polizeirevier bis zum Heim beträgt allein mind. 20 Minuten. Ein Leben unter menschenwürdigen Bedingungen und in Sicherheit ist hier nicht möglich.

Das Heim wurde bereits mehrfach zur Zielschreibe neonazistischer Aktivitäten: Als Anfang November 2008 in unmittelbarer Nähe des Flüchtlingsheims ein Neonazi-Konzert mit ca. 400 Rechten aus dem In- und Ausland statt fand, mussten die BewohnerInnen unter Polizeischutz gestellt werden. Eine Woche später wurde der Eingang des Heims von Rechten belagert, die vorbeigehende Flüchtlinge rassistisch beschimpften. Im Mai 2009 fuhr ein Auto auf den Hof und mit hohem Tempo auf eine Gruppe spielende Kinder zu. Die Rechten bremsten erst kurz vorher ab, beleidigten die Kinder und ihre Mütter als „Schweine“ und drohten wieder zu kommen und das Heim abzubrennen. Zu Recht fragen die Flüchtlinge: „Was muss noch passieren, damit man uns hilft?“.

„Wir fordern die sofortige Schließung des Dschungelheims in Harbke“, sagt eine Sprecherin der Mobilen Opferberatung. „Der erneute Angriff von Rechten auf das Heim zeigt, dass die Sicherheitslage katastrophal ist. Das Heim zu schließen ist die einzig gangbare Lösung, um die Betroffenen vor weiteren rassistischen Angriffen zu schützen und ihnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.“

Quelle: Information Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt, Halle, Sachsen-Anhalt v. 13.11.2009 ■

Save-Me-Kampagne fordert regelmäßiges Resettlement-Programm

HANNOVER. Am Mittwoch, 24.11.2009, hat „Save Me – Hannover sagt Ja!“, die hannoversche Initiative zur Unterstützung der bundesweiten Kampagne „Save Me – Flüchtlinge aufnehmen“, vor dem Niedersächsischen Landtag den Fraktionen des Niedersächsischen Landtags einen Forderungskatalog übergeben. Die Fraktionen und die Landesregierung werden darin aufgefordert, sich für ein regelmäßiges Programm zur aktiven Aufnahme von Flüchtlingen aus Krisengebieten einzusetzen. Deutschland soll – wie andere Staaten auch – regelmäßig schutzbedürftige Flüchtlinge aufnehmen und integrieren.

Über 50 Organisationen (darunter in Hannover z. B. auch der Flüchtlingsrat Niedersachsen, amnesty international und kargah e. V.) unterstützen bundesweit die Save-Me-Kampagne. 45 Kommunen haben bereits Beschlüsse gefasst, in denen ein regelmäßiges Resettlement und der aktive Schutz von Flüchtlinge gefordert wird. Nach Ansicht von „Save Me – Hannover sagt Ja!“ wird es nun Zeit, dass auch der Niedersächsische Landtag einen solchen Beschluss fasst.

Quelle: Presseinformation Nds. Flüchtlingsrat 24.11.2009 ■

Dubiose Beschaffungspraxis von Passersatzpapieren

HANNOVER. Die Fraktion DIE LINKE hat gefordert, die Beschaffungspraxis von Passersatzpapieren in Niedersachsen umfassend aufzuklären. Hintergrund sind die Vorwürfe, wonach die Ausländerbehörden von Kreisen und Städten Passersatzpapiere zur Abschiebung abgelehnter Asylbewerber „kaufen“. Mit einer parlamentarischen Anfrage will Pia Zimmermann, die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, nun in Erfahrung bringen, in welcher Höhe in den Jahren 2008 und 2009 Gebühren und Auslagen für Anhörungen, Identitätsprüfungen und Ausstellung von Passersatzpapieren für ausreisepflichtige Ausländerinnen und Ausländern durch das Land bzw. durch die Kommunen gezahlt wurden. Dabei sei insbesondere interessant, welche Staaten in diese Praxis verstrickt sind.

Zum Hintergrund: Kürzlich wurde bekannt, dass der Landkreis Cuxhaven im März unter Mitarbeit der Ausländerbehörde Hamburg und der Zentralen Aufnahme- und Ausländerbehörde Braunschweig Passersatzpapiere für die Abschiebung von Flüchtlingen in die Republik Guinea gekauft hat. Dafür hat der Landkreis 2500 Euro bezahlt, ohne dafür zunächst eine Quittung zu erhalten.

Quelle: DIE LINKE. Fraktion im Niedersächsischen Landtag ■

15. Antifaschistisches Jugendtreffen der VVN - BdA am 9. Januar 2010, Berlin, STATTHAUS Böcklerpark, Prinzenstr. 1

Noch Fragen? Entnazifizierung jetzt! Unser Beitrag zum Klimaschutz!

14.00 Uhr Eröffnung durch das Vorbereitungskollektiv und Infoblock zu den geplanten Gegenaktivitäten aus Anlass des Europäischen Naziaufmarsches am 13. Februar 2010 in Dresden.

14.30 Uhr Arbeitsgruppen und Workshops:

A: Training: Nazis blockieren: Rechtliche Situation, Ängste und Aufklärung

mit Rechtsanwältin (Berlin) und Netzwerk Aktions-TrainerInnen „skills for action“ Massenblockaden in der Tradition des zivilen Ungehorsams sind eine Antwort auf eine Polizeistrategie der Abschreckung und Einschüchterung durch restriktive Auflagen und Spezialeinheiten. TeilnehmerInnen von Heiligendamm, Köln und Berlin berichten. Anschließend praktisches Blockade Training. *Leitung: Markus Teervoren, VVN-BdA Berlin*

B: Nazis in der Schule, im Dorf, im Betrieb: Kreativ & erfolgreich gegen Nazis – Aktiv werden im Vorfeld

Nazis sind meist nur zu stoppen, wenn sich massenhaft Menschen quer stellen. Doch wie ist im Vorfeld das Bewusstsein für die Notwendigkeit zivilgesellschaftlichen Handelns gegen Neonazis zu wecken? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit eine Aktion gegen Nazis gut läuft? Gibt es so etwas wie Erfolgsfaktoren, die sich verallgemeinern und allgemein anwenden lassen? In diesem Workshop sollen lokale Handlungsstrategien und Aktionsmöglichkeiten gegen Rechts vorgestellt, erarbeitet und diskutiert werden. *Referenten: Jan Duschek, ver.di und Ringo Bischoff, ver.di, Bundesjugendsekretär*

C: Neofaschismus / Antifa in Europa Neue Rechte Parteien in (Ost)europa. Unterschiede und Parallelen

Neofaschistische Parteien und Organisationen haben europaweit seit 1990 immensen Zulauf, das haben unter anderem die Europawahlen 2009 gezeigt, Berichte von pogromartigen Übergriffen auf Roma und andere nationale Minderheiten z.B in Tschechien, Rumänien, Ungarn aber auch Italien sind an der Tagesordnung. In den ehemaligen Ostblockstaaten scheint dies auch eng mit Angst vor Verarmung und Vereinnahmung durch die Westeuropäischen Staaten verbunden zu sein. Stellen die neuen Pfeilkreuzler, Eisernen Garden, Schwarzhemden, aber auch die NPD die soziale Frage von rechts? Ist die soziale Frage von rechts wirklich das verbindende Element oder gibt es da ganz andere Triebfedern?
Referent: Carsten Hübner, Journalist, Berlin

D: „Innere Aufrüstung in der EU und Aktivismus im Netz: Chancen & Risiken“

Der 2-teilige Vortrag vermittelt zunächst einen Überblick über die aktuelle Sicherheitsagenda der EU und Deutschlands. Schlagworte sind Vorratsdatenspeicherung, EU-weite Datenbank-Projekte, Grenzschutzagentur Frontex, Überwachungsgesetze und Überwachungstechniken. Im zweiten Teil schauen wir uns die Möglichkeiten des Internet und „Web 2.0“ für den politischen Protest an. Welche Gefahren im Hinblick auf den Datenschutz gibt es insbesondere für politisch Aktive, wie kann man sich selbst schützen und dennoch die Möglichkeiten nutzen? Und warum kann das Internet meist nur ein Teilinstrument sein, nicht aber die Basis eines Protests?
Referent: Ricardo Cristof Remmert-Fontes, Vorsitzender Aktion Freiheit statt Angst e.V./ Berlin

Podiumsdiskussion ab ca. 18.00 Uhr im Plenum

vor dem eigentlichen Beginn: Infos/ Berichte aus den Ags und Workshops)
„Dem Schwur von Buchenwald verpflichtet – Strategien und Perspektiven für ein Europa ohne Faschismus und Krieg!“
DiskussionsteilnehmerInnen: Carsten Hübner, Journalist/ Berlin, VertreterInnen aus Frankreich, Rumänien, Tschechien...
Moderation: Gabriele Gün Tank, Integrationsbeauftragte Berlin/ Tempelhof-Schöneberg

Eintritt inkl. Konzert am Abend: 5 Euro

Konzert mit: „Teds and Grogs“ / kult-anarcho-punk-folk aus Berlin (www.teds-n-grog.de) „Schlagzeiln“/ mit Live-Band / Rap zwischen Party, Pogo und Demo-Mob/ Berlin (www.schlagzeiln.de) featuring „Love United“ Synthie-Rap/ Berlin/Texas

2010 findet das 15. Antifaschistische Jugendtreffen der VVN-BdA statt, das wir mit unseren Bündnispartnern aus Gewerkschaften und anderen fortschrittlichen Jugendorganisationen (IG Metall Jugend, ver.di,Jugend, Die Falken, Freidenker-Jugend, SDAJ, solid, VVN-Jugend,antifa bitterfeld/ Buchenwald workcamp. MC Brigadistas...) seit Jahren gemeinsam durchführen. Mit den antifaschistischen Jugendtreffen schaffen wir die Möglichkeit für Jugendliche, gemeinsam mit anderen antifaschistisch Engagierten zusammen zu kommen und Wissen zu erarbeiten, das auch im Alltag angewendet werden kann. Das Jugendtreffen vermittelt das Gefühl, dass Antifaschismus weit mehr ist als eine Gegenbewegung und Rückhalt gibt, wenn es darum geht, für eine humane und gerechte Welt, ohne Ausbeutung und Krieg, ohne Rassismus für Toleranz und Frieden einzutreten!
VVN-BdA Bundesorganisation, Berlin ■

Wer das Jugendtreffen unterstützen möchte, kann Kontakt aufnehmen über: esther-bross@t-online.de, bauer-leible@t-online.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.

Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

2000 Euro bis Jahresende! Spendenkampagne Antifaschistische Nachrichten

Bisher sind

1073,58 Euro

eingetroffen. Vielen Dank allen Spenderinnen und Spendern!

Spendenkonto:
GNN-Verlag, Postbank Köln,
BLZ 370 100 50
Kto. 10419507

Wirtschaftspolitik von rechts

Nation & Europa Nov./Dez. 2009

Dass Rassist(inn)en aller Couleur sich auf die fremdenfeindlichen Äußerungen des Bundesbankvorstandes und SPD-Mitglieds Thilo Sarrazin stürzen würden, verwundert nicht, war die Vorlage eines vorgeblich seriösen Mitglieds der politischen Klasse doch zu schön. Nach der öffentlichen Kritik an seinen Äußerungen wurde Sarrazin u.a. unterstützt von Ex-BDI-Chef Hans-Olaf Henkel. Zitate von beiden Personen, illustriert mit einem Bild wartender Menschen, von denen einige offenbar aus dem Nahen Osten stammen, bilden die Titelseite der aktuellen Ausgabe von „Nation & Europa“. Nehmen wir Banker und Unternehmer, vereint und passend präsentiert auf dem Umschlag des führenden neofaschistischen Presseorgans, zum Anlass, uns einmal mit den wirtschaftlichen Vorstellungen der Zeitschrift zu beschäftigen.

Weit vorne im Heft befasst sich Dr. FRITZ STENZEL unter der Überschrift „Vor 75 Jahren schuf man Abhilfe: Bankenkrise nicht neu“ mit einer Finanzkrise, die Anfang der dreißiger Jahre Deutschland erschütterte. Sie kulminierte 1931 im Zusammenbruch der Danat-Bank, damals das zweitgrößte Geldinstitut des Landes. Schuld daran war, laut Stenzel ein Jude: „...der Bankier Jakob Goldschmidt. Er hatte 1923 den konservativ-solide agierenden Hjalmar Schacht (den späteren Reichsfinanzminister) aus dem Vorstand der Danat-Bank verdrängt, und eine verhängnisvolle Geschäftspolitik eingeläutet. Goldschmidt zähle zur ‚Gesellschaft der Freunde‘, einem 1792 gegründeten Zirkel jüdischer Geschäftsleute, die sich zur gegenseitigen Unterstützung zusammengetan hatten.... Zur SPD unterhielt er enge Beziehungen und finanzierte u.a. das Parteiorgan ‚Vorwärts‘ mit 800 000 Mark (nach heutigem Wert mindestens das Zwanzigfache)“.

Jude und Sozialdemokrat – das Feindbild stimmt. Aber es geht Stenzel nicht in erster Linie um die Person Goldschmidts: „Jakob Goldschmidt und sein Freundeskreis befeuerten aufgrund ihres als Machtmißbrauch empfundenen Einflusses den tAnisemitismus in Deutschland. Für die NS-Propaganda war es ein gefundenes Fressen, daß im Jahr 1930 immerhin 485 deutsche Privatbanken vollständig in jüdischen Händen lagen. Bei einem großen Teil der übrigen Banken war so starker jüdischer Einfluß sichtbar, daß man sie ebenfalls als jüdisch betrachtete“. Die „natürliche“ Folge war der staatliche Raub des jüdischen Eigentums: „Der NS-Staatsapparat beschränkte sich aber nicht auf die (undifferenzierte, mit Unrecht und Willkür verbundene) ‚Arisierung‘. Ihm lag an einer generellen Systemverbesserung“. Die von den Nazis so genannte „Arisierung“ war also kein Unrecht, dieser gigantische Raubzug war lediglich „undifferenziert“ (man hätte also genauer hinschauen müssen, wen man beraubte) und mit „Unrecht und Willkür verbunden“. Ansonsten ging es um eine „Systemverbesserung“.

Diese „generelle Systemverbesserung“ war aber keinesfalls verbunden mit einer generellen Systemänderung. „Im Herbst 1933 setzte man eine ‚Enquetekommission zur Untersuchung des Bankwesens‘ ein.... Bemerkenswert auch, daß die Enquetekommission eine Verstaatlichung des privaten Bankwesens ablehnte... die Mängel des deutschen Kreditwesens seien weniger seiner Form als vielmehr dem falschen Verhalten seiner Betreiber geschuldet“. Das „arische raffende Kapital“ blieb also nicht nur unangetastet, sondern konnte sich sogar am geraubten Gut unendlich bereichern. Somit hatte sich die frühe Unterstützung der Nazis beispielsweise durch den Kölner Bankier Kurt Freiherr von Schröder und Hjalmar Schacht unbedingt ausgezahlt. Davon profitierte auch der später auch in der Bundesrepublik tätige Großbankier Hermann Josef Abs (Deutsche Bank).

So viel zur geschichtlichen Dimension der rechten Kritik an den Banken.

„Wenn der ‚Generationenvertrag‘ nicht funktioniert: Die Zukunft der Rente“ nennt N&E-Redakteur DETLEV ROSE seinen „Diskussionsbeitrag“, der mit der aus bürgerlichen Medien hinlänglich bekannten Zustandsbeschreibung beginnt: „...daß alle Sachargumente gegen ein ‚Weiter so!‘ sprechen. Mit jedem Tag und jeder Woche verschlimmert sich die demographische Lage, vergrößert sich die Überalterung der Gesellschaft.... Denn das System taumelt dem Abgrund entgegen, und wenn es stürzt, stürzen (fast) alle mit. Die Debatte zeigt aber jedenfalls, wie wenig die Kategorie der‚Gerechtigkeit‘ für ein Urteil über diesen oder jenen Vorschlag taugt“. Über ein System, das so gerecht ist, dass es Altersarmut auf Kosten des Reichtums einiger weniger verhindert, brauchen wir uns also keine Gedanken zu machen, „denn was für einen selbst gerecht erscheint, wäre vielleicht für die eigenen Eltern oder Großeltern oder auch die Kinder und Enkel brutal ungerecht“. Was aber schlägt Rose dann statt eines möglichst gerechten Systems vor? „Letztlich wird es auf eine Kombination aus steuerfinanzierter Grundversorgung und privater Vorsorge hinauslaufen müssen. Der Staat würde dann nur mehr das Existenzminimum garantieren, die Erfüllung der individuellen Ansprüche an den Lebensstandard im Alter fiele in die private Verantwortung. Durch den Wegfall der Rentenversicherungsbeiträge blieben dem Arbeitnehmer deutlich mehr Mittel als heute, die er für die Altersvorsorge einsetzen könnte. In diesem Modell wäre ein bestmöglicher Ausgleich von ‚Gemeinnutz‘ und ‚Eigennutz‘ erreicht, verbunden mit einem Maximum an Selbstverantwortung“.

Der ungenannte Nebeneffekt dieses Modells, dass auch die Unternehmerverbände und die Versicherungswirtschaft, sowie diejenigen „Experten“, deren Untersuchungen von ihnen bezahlt werden, bevorzugen, liegt darin, dass „die Unternehmen“ entlastet würden. Da die „Arbeitgeberbeiträge“ zur Rentenversicherung lediglich nicht an die Beschäftigten ausbezahlter Lohn sind, würde eine solche Mischung aus von allen Steuerzahler(innen)n gleichmäßig finanzierter staatlicher Grundversorgung sowie privater Vorsorge, die Geld in die Kassen der privaten Versicherungswirtschaft spült, letztlich eine Senkung der Löhne zugunsten der Profite. Es handelt sich deshalb um eine Lösung im und aus dem Geiste des Neoliberalismus. Der sozialistisch klingende Nazijargon von Gemein- und Eigennutz ändert an der wirtschaftsliberalen Orentierung gar nichts. Nebenbei wird damit wieder einmal demonstriert, das liberale und faschistische Ideologie so weit nicht auseinanderliegen müssen. Letztlich bilden sie zwei Varianten bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft ab. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507